

Bezugspreis:

Vom 1.-8. Dezember 1 Millen oder 1 Goldmark monatlich zahlbar. Unter Kreuzband vom 1.-8. Dezember für Deutschland, Danzig, Saar- u. Rhein-gebiet, Österreich, Litauen, Ungarn, Bulgarien 1,25 Goldmark, für das übrige Ausland 1,00 Goldmark. Kreuzbandzahlungen nur gegen wertbefähigende Zahlung. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ u. „Erziehung und Kleingarten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Fremdwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 4. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Postkassenkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktoria-Gesellschaft, Debestenstraße Lindenstraße 3

Anzeigenpreise: Die einseitige Komposition... Die einseitige Komposition... Die einseitige Komposition...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schlußzeit von 9 Uhr (ab) bis 6 Uhr nachm.

Es kriselt in Bayern. Trotz aller Dementis.

München, 3. Dezember. (WIB.) Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben: Es ist unrichtig, wenn in der auswärtigen Presse von einer Regierungskrise in Bayern gesprochen wird. Dagegen besteht die Wahrscheinlichkeit einer Ministerreise hinsichtlich einer anderweitigen Besetzung der Ministerien des Innern und der Landwirtschaft. Der bayerische Ministerrat hat heute vormittag eine zweifelhafte Sitzung abgehalten. Eine endgültige Entscheidung ist noch nicht gefallen.

München, 3. Dezember. (Eca.) Zu den Gerüchten einer Regierungskrise erklärt der Vertreter der Erpress-Korrespondenz, daß ein Wechsel in der Person des bayerischen Ministerpräsidenten zurzeit nicht in Frage steht, da die Bayerische Volkspartei Dr. v. Knilling nach wie vor ihr volles Vertrauen entgegenbringt. Dagegen rechnet man mit der Wahrscheinlichkeit einer anderweitigen Besetzung des Innenministeriums und des landwirtschaftlichen Ministeriums. Innenminister Dr. Schwenker ist wegen seiner Haltung gegenüber den Vaterländischen Verbänden wiederholt scharf angegriffen worden. Landwirtschaftsminister Buchner hat wegen seiner Ernährungspolitik scharfe Kritik gefunden.

Rücktritt des Finanzministers.

München, 3. Dezember. (Eigener Nachtbericht.) Am Montag vormittag sollte sich der bayerische Ministerrat mit der Regierungskrise befassen. Allgemein erwartete man von dieser Besprechung eine weitgehende Klärung der ziemlich verwickelten Verhältnisse, die aber nur insoweit eingetreten ist, als während der Sitzung des Kabinetts vom Finanzminister Dr. Kraußneck, welcher der Sitzung ferngeblieben war, ein Schreiben einging, in dem er seinen Rücktritt erklärte. Der Entschluß des Finanzministers, der der Bayerischen Volkspartei angehört und während seiner langjährigen Amtszeit die Ablichtung seines Rücktritts schon öfter kundgegeben hat, ohne sie auszuführen, ist wohl dadurch veranlaßt, daß die maßgebenden Führer der Bayerischen Volkspartei ihre feil langem an der Tätigkeit Kraußnecks geübte Kritik in der letzten Woche sehr vernehmlich äußerten. Nicht mit Unrecht macht man Kraußneck zum Vorwurf, daß er jede Eigenschaft als Führer der Bayerischen Wirtschaftspolitik hat vermissen lassen. Wird der Rücktritt Dr. Kraußnecks zur Tat, so ist er wohl als der erste offene Schritt zur geplanten Neubildung der bayerischen Regierung zu werten. Denn mit Kraußneck verliert Knilling keine einzige zuverlässige Stütze in seinem jetzigen Kabinett. Es wäre aber falsch, daraus zu schließen, daß nun auch das Schicksal Knillings ohne weiteres besiegelt wäre. Knillings Verabschiedung ist allerdings nur dann aufzuhalten und seiner Forderung nach dem Rücktritt des Innenministers Dr. Schwenker nur dann stattzugeben, wenn es ihm gelingt, ein aktives staatspolitisches Programm aufzustellen mit der Erklärung, daß er zu dessen Durchführung unbedingt einen neuen Innenminister notwendig habe. Das wäre dann der letzte Kredit, den die Bayerische Volkspartei Knilling einräumen würde; denn es ist das Ziel der Bayerischen Volkspartei, jeht endlich eine starke Regierung zu schaffen, die auf verfassungsmäßige Weise jene Aufgaben zu lösen hätte, die der Generalstaatskommissar in seinen diesjährigen Er-

klärungen angedeutet und teilweise in Angriff zu nehmen versucht hat.

Die Nationalsozialisten haben eine fürchtbare Entdeckung gemacht. Die Ausrafung der Monarchie im Einverständnis mit Poincaré, Kardinal Faulhaber verhandelt im Einverständnis mit Poincaré. Rahr soll für seine Mithilfe in den Grafenstand erhoben werden, kündigen sie in einem Flugblatt an, das allerdings mehr einem Fluchblatt gleicht. Kronprinz Rupprecht, so heißt es da, habe die Möbelforderungen für sein Haus einer christlichen Firma entzogen und sie dem Juden Bernheimer übertrugen. Prinz Luitpold überlasse sein Palais dem jüdischen Bankhaus Rheinstrom und habe ihm die Verwaltung seines Vermögens angetragen. Prinzessin Gisela und Kardinal Faulhaber verwenden sich für die ausgewiesenen Ostjuden. General Lossow hat beim Juden Kuffhäuser ein Bankkonto errichtet. Der „Bauerndoktor“ Heim steht in inniger Verbindung mit dem reichsten Juden Bayerns Rosenblatt.

Wahrlich etwas viel Lob in einer Briefe für ein deutschösterreichisches Gemüt. Aber es kommt noch besser. „Vor etwa 14 Tagen,“ so heißt es in dem Flugblatt weiter, „erhielt das Berliner Auswärtige Amt eine vertrauliche Note von einer Persönlichkeit der Münchener preussischen Gesandtschaft. Aus derselben war zu ersehen, daß der Plan der Losrennung Bayerns vom Reich mit einem Schläge verwirklicht werden sollte.“ In der Note werde das Zusammenwirken der Bayerischen Volkspartei mit den Franzosen beleuchtet und sogar die einzelnen Stellen bezeichnet, denen in Bayern Gelder aus Frankreich zugesprochen waren. Graf Soben, der „Ohrenbläser des Kronprinzen Rupprecht“, sei unlängst in Paris gewesen. Aus zuverlässiger Quelle könne man weiter folgendes mitteilen:

Kardinal Faulhaber hat im Auftrage Rahr's mit Poincaré wegen Schaffung eines süddeutschen Staates verhandelt. Der Plan, Bayern, Württemberg und Baden mit Einschluß von Oesterreich zu einem von Preußen unabhängigen Staat, unter dem Protektorat Frankreichs zu machen, hat die Billigung Poincaré's gefunden.

Die Ausrafung dieses Sinnes soll bei erster passender Gelegenheit und baldigst erfolgen. Bundeskanzler Seipel, der sich in diesen Tagen sehr oft „zufälligerweise“ an der bayerischen Grenze aufhält, ist mit im Bunde und die jassam und unruhigste Beamte Kaiserin Jitta will bei dieser Sache ebenfalls im Trüben fischen. Der Bund Bayern und Reich (sprich Rom) ist als Stoßtrupp der Hochverratsbewegung auszuweisen. Herr von Rahr ist für seine Mithilfe bei der Zerreißung des Reiches die Ehre in den Grafenstand zugelegt worden. Die Jitta sei bereits in München eingetroffen. „Bayern und Reich“ habe den Befehl, in diesen Tagen nach München einzumarschieren. Der „Kreuz“ Heiß predige: „Nur die Monarchie kann uns retten.“ Graf du Moulin-Edard sage: „Es wird sich in den nächsten Tagen vielleicht etwas Großes ereignen.“

Soweit das nationalsozialistische Flugblatt, das zum mindesten beweist, wie man einander in Bayern liebt und was man glaubt, dem anderen zutrauen zu können.

Dutsch auf die Reichsbank.

Zwei Männer gibt es, die in erster Linie für die Zerrüttung der deutschen Finanzen verantwortlich sind: der eine hieß Havenstein, der andere heißt Helfferich.

Die Sünden der Reichsbank sind hier zu oft gezeigelt worden, als daß eine Wiederholung heute nötig wäre. Als die Fehler der Reichsbankpolitik im Kriege begannen, war die Reichsbank noch nicht autonom, sondern unterstand der Reichsregierung. Damals war Herr Helfferich zuerst Finanzminister, dann Vizekanzler und der eigentliche Leiter sowohl der Finanz- als der Bankpolitik. Man weiß, wie Herr Helfferich diese Politik geführt hat, wie er, um Umwertung und Schwerindustrie bei guter Kriegslage zu erhalten, die Einführung auch der bescheidensten Besitzsteuern hintertrieb und statt dessen zusammen mit Havenstein jene schwindelhafte Anleihepolitik durchführte, auf die die Zerrüttung unseres Geldwesens und die Expropriation eines Teils des Mittelstandes zu einem guten Teil zurückgeht. Alle Warnungen, alle Versuche der Sozialdemokratie, eine andere Finanzpolitik während des Krieges durchzuführen, blieben vergebens. Herr Helfferich prophezeite, daß das Bleigewicht der Milliarden von den besiegten Feinden Deutschlands getragen werden müßte.

Aber auch nach dem Zusammenbruch, für den Herr Helfferich als Kriegsverlängerer und als Förderer des U-Boot-Krieges gegen besseres Wissen die Hauptverantwortung mitträgt, blieb der finanzpolitische Einfluß dieses unglückseligen Mannes trotzdem groß. Er wurde immer mehr zum Führer aller steuerrechtlichen Elemente. Er war es, der die Opposition gegen die Besitzbesteuerung Erzbergers organisierte, er war es, der durch die maßlose Hebe jene Stimmung schuf, die die Voraussetzung war für die Ermordung Erzbergers. Immer mehr wurde Helfferich zum Führer eines Bürgerblods gegen alle wirksame Besteuerung zu einer Zeit, wo es noch möglich gewesen wäre, durch Ordnung der Finanzen sowohl die Wirtschaft als die außenpolitische Katastrophe zu verhüten. So ist Helfferich unmittelbar verantwortlich für Umfang und Größe der Inflation mit allen ihren Folgen. Helfferich hat aber nicht nur im Reichstag sich gegen jede wirksame Steuerpolitik gestemmt, er hat als einer der Hauptberater des Ministeriums Cuno auch eine Hauptschuld an der sinnlosen Finanzpolitik in der Zeit des passiven Widerstandes, die den Staatsfinanzen und der deutschen Wirtschaft den Rest gegeben hat.

Aber auch damit noch nicht genug. Helfferich war auch Freund und Berater Havensteins, die sich auch parteipolitisch nahestanden, und stets hat er sich schützend vor die Reichsbank und ihren Präsidenten gestellt. Noch vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags, der die Gründe für den Zusammenbruch der Stützungsaktion im April zu prüfen hatte, suchte Helfferich seinen Freund Havenstein und seine Politik immer wieder zu decken.

Denn bei Helfferich hat längst der nationallistische Parteilmann den Währungstheoretiker, der einst mit den Freisinnigen Bamberger und Barth politisch und wirtschaftlich zusammen gekämpft hatte, zur Strecke gebracht. Das hat sich nirgends so deutlich offenbart als in dem Projekt seiner Bodenmark, das Helfferich dazu ausnutzen wollte, die Währungshoheit des Reiches auch dem Reichsverband der Industrie und dem Landbund zu übertragen und zugleich die Betriebssteuer und die Landabgabe, also die zwei einzigen damals auf Gold gestellten Besitzsteuern zu beseitigen.

Für diesen Mann wird jetzt Stimmung gemacht, um ihn zum Herrn der autonomen Reichsbank zu machen und ihm damit ausschlaggebenden Einfluß auf die Reichsfinanzen, ja auf die gesamte deutsche Wirtschaft zu verschaffen. Das Reichsbankdirektorium will ihn zu seinem Präsidenten vorschlagen, und es ist kein Zweifel, daß Großindustrie, Großagrarier und ein Teil der Großbanken den gewandten Verfechter ihrer Klasseninteressen gar zu gern auf solchem Posten sehen würden. Sie haben sich bereits den ausschlaggebenden Einfluß auf die Rentenbank gesichert, der die schwache Regierung Stresemann noch dazu praktisch weit größeren Einfluß gestattete, als es Sinn und Wortlaut des Gesetzes entspricht. Herr Helfferich als Herr der Reichsbank! Das würde allerdings bedeuten, daß Großkapital und Großagrarier, daß aber auch die Deutschnationale Partei eine wirtschaftliche Macht inne hätte, größer und gefährlicher, als sie sie vor dem Kriege besaßen haben.

Man begreift nach dem Gesagten die große Bedeutung der Frage, welcher Mann an die Spitze der Reichsbank gestellt wird. Glücklicherweise hat selbst das Autonomiegesetz, das Herr Havenstein dem Reichstag abgeliefert hat, dem Reichsbankdirektorium diese Entscheidung nicht eingeräumt. Es heißt in dem Gesetz:

Der Präsident wird nach gutachtlicher Aeußerung des Reichsbankdirektoriums und des Zentralausschusses auf Vorschlag des Reichspräsidenten vom Reichspräsidenten auf Lebenszeit ernannt.

Das Gutachten des Reichsbankdirektoriums hat also weiter keine ausschlaggebende Bedeutung, und das moralische Ansehen des Direktoriums ist erst recht nicht so groß, daß auf sein Gutachten besonderes Gewicht gelegt zu werden braucht.

Mussolini über Sowjetrußland.

In Ergänzung der Meldung über die zustimmende Stellungnahme Mussolinis zu der Frage der Anerkennung Sowjetrußlands seien nachstehend seine Ausführungen in der Kammer Sitzung vom 30. November wiedergegeben. Mussolini erklärte u. a.: Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß aus Moskau eine Kommission nach Rom kam, mit der schon seit einigen Wochen verhandelt wird, mit dem Ziele, normale Beziehungen zwischen Rußland und Italien herzustellen. Diese Verhandlungen stehen absolut außerhalb jeden politischen Einflusses, sowohl von italienischer, wie auch von russischer Seite. Sie schreiten allerdings langsam vorwärts, weil man nicht den Eindruck gewinnen darf, als ob die Russen eilen würden. Sie sind heimlich bis zur Pedanterie, aber ich betone, sie stehen eben auf dieser Pedanterie als eifrige Verteidiger der Interessen ihres Landes. Darum ist es nicht ratsam, von unserer Seite allzu sehr zu eilen, wenn bezüglich des Handelsvertrages verhandelt wird, der auch für uns günstig wäre. Die geistigen Beziehungen zwischen den beiden Staaten sind vorzüglich. Ich weiß nicht, ob das Parlament nicht übersehen sein wird durch die Mitteilung, daß während des Besuches von Kozju die einzige für Italien günstig orientierte Presse Europas jene von Moskau war.

Jetzt sind alle europäischen und außereuropäischen Staaten bemüht, direkte oder indirekte Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland zu erneuern. Großbritannien, Frankreich und die Vereinigten Staaten sind in dieser Beziehung schon ziemlich weit gekommen. Uebrigens ist die Anerkennung der Sowjets das sogenannte Feigenblatt, das die konkrete Tatsache verhüllt. Ich glaube, daß es vom Gesichtspunkte der Nationalpolitik besser wäre, wenn es in Rom einen ordentlichen Botschafter gäbe anstatt unbestimmter Vertreter, die demnach täglich in den Palazzo Chigi kommen und nur über konkrete Tatsachen verhandeln, also de facto täglich anerkannt werden. Die italienische Regierung macht keinerlei Schwierig-

keiten, soweit es sich um die Anerkennung der Sowjets de jure handelt, denn für Italien, für seine Wirtschaft, für die Expansion und das Wohl des Volkes ist diese Anerkennung de jure nur von Vorteil, weil sie den wirtschaftlichen Beziehungen Italiens und damit seinem Wohle günstig ist.

Von dem Augenblick an, fuhr Mussolini fort, da Italien die russische Regierung anerkennt, führt sie diese von neuem in das politische und das diplomatische Leben der westlichen Welt wieder ein. Die russische Regierung muß hierfür konkreten, gleichwertigen Ersatz bieten, das ist einen guten Handelsvertrag und Konzessionen für Rohstoffe, deren Italien viel bedarf. Wenn Rußland dies begreift, und wenn es uns das gewährt, was wir verlangen, dann ist kein Zweifel, daß die heutigen Verhandlungen zu einem glücklichen Abschluß führen werden. Die italienische Regierung hat den guten Willen, zu einer Einigung zu gelangen, und wenn Rußland den gleichen Willen hat, wird der italienisch-russische Vertrag bald zur Wirklichkeit werden. Jegliche Politik der faschistischen Regierung, wenn sie auch vom Gesichtspunkte nationaler Vorteile geleitet wird, hat nur das Ziel, zur Verwirklichung der europäischen Rekonstruktion beizutragen. (2) Die italienische Wirtschaft einerseits, die russische andererseits sind vorbestimmt, einander gegenseitig zu ergänzen. Italien geht notwendigerweise einer mächtigen industriellen Entwicklung entgegen. Ich glaube, daß uns die Landwege nach dem Südwesten Europas offen stehen, und nach der Anknüpfung normaler Beziehungen zu Rußland werden uns auch die großen Seewege offenstehen, gewiß im Interesse beider Nationen.

Starke Markbesserung.

Die Mark hat sich gestern in New York stark gebessert. Sie notierte bei Schluß der Börse mit 4,16 Billionen.

Voraus es ankommt, ist der Vorschlag des Reichsrats und das Ernennungsrecht des Reichspräsidenten. Vorläufig möchten wir annehmen, daß der Reichsrat den deutschnationalen Parteiführer nicht zum wirtschaftlichen Diktator vorschlagen wird. Sonst wäre ja die Ernennung Helfferichs nicht nur eine Provokation aller nicht deutschnationalen Kreise, sondern auch das sicherste Mittel, jedes Vertrauen zur Reichsbank im Ausland völlig zu zerstören.

Allerdings ist es notwendig, daß dem jetzigen Zustand bei der Reichsbank schleunigst ein Ende gemacht wird. Denn er ist schließlich unerträglich. Die Reichsregierung hat Herrn Dr. Schacht zum Währungsminister ernannt, aber sein Einfluß, wie der des Finanzministeriums überhaupt, bleibt gering, solange ein autonomes Reichsbankdirektorium vorhanden ist, das seine unfähige Politik auf eigene Faust betreiben kann. Entweder befreit man endlich das Autonomiegesetz, oder man stellt an die Spitze der Reichsbank einen fähigen Mann, der die Staatsinteressen vertritt, nicht aber wie Herr Helfferich als deutschnationaler Politiker der Gesangene der Schwerindustrie und des Landbundes ist. Nur von einem solchen kann ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit der Reichsregierung und Verständnis für die Notwendigkeit der Sanierung der Finanzen erwartet werden, die die Vorbedingung für jede dauernde Lösung der Währungsfrage ist.

Ermächtigungsgesetz und Art. 48.

Aufhebung des Ausnahmezustandes? — „Nicht sofort.“

Der Reichskanzler Dr. Marx hatte am Montag eine Unterredung mit den Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den Genossen Breitscheid und Hermann Müller, die sich vorwiegend um das Ermächtigungsgesetz drehte. Der zugezogene Reichsfinanzminister Dr. Luther gab einen Ueberblick über die trostlose Finanzlage. Die Vertreter der Fraktion, denen u. a. die Auskunft zuteil wurde, daß der Ausnahmezustand nicht sofort aufgehoben werden sollte, erklärten, daß mit einer Zustimmung der Sozialdemokraten zu dem Ermächtigungsgesetz nicht zu rechnen sei.

Der Reichspräsident Genosse Lobe hat einer Zeitungskorrespondenz erklärt, daß das Ermächtigungsgesetz ein verfassungsänderndes Gesetz sei, das einer Zweidrittelmehrheit bedürfe. Diese Zweidrittelmehrheit wird nicht gegeben sein, selbst wenn die Deutschnationalen für das Gesetz stimmen sollten, was noch ungewiß ist.

Jetzt unterhält man sich darüber, ob im Fall der Ablehnung der Reichstag sofort aufgelöst werden wird, um mit Artikel 48 zu regieren, oder ob mit Artikel 48 regiert werden soll, ohne daß der Reichstag zuvor aufgelöst wird. In Kreisen, die der Regierung nahe stehen, scheint man zu der letzteren Absicht zu neigen, weil dann erstens zur ruhigen Vorbereitung der Wahlen Zeit bleibe, und weil zweitens auf diese Weise die Rechte des Reichstages wenigstens nicht völlig vernichtet werden. Denn der Reichstag kann durch einfachen Beschluß die Aufhebung einer Verordnung, die er nicht billigt, durchsetzen; um das zu können, muß er aber erst existieren.

Es ist anzugeben, daß ein Rest von parlamentarischer Kontrolle besser ist als ihre vollkommene Beseitigung. Trotzdem bleibt ein Konflikt zwischen Regierung und Reichstag bestehen, wenn sich die Regierung eine Ermächtigung, die sie vom Reichstag nicht bekommen kann, auf andere Weise beschafft. Außerdem müßte es einem Mißtrauensvotum gleichgeachtet werden, wenn der von der Regierung geforderten Ermächtigung auch die einfache Mehrheit verweigert bliebe.

Die neue Geschäftsordnung gibt dem Reichstag Mittel in die Hand, wirklich eilige Maßnahmen mit großer Beschleunigung zum Gesetz zu erheben. Worum verliert man es nicht erst auf diesem Wege, bevor man zu Mitteln der Verzweiflung greift?

Sehr lobenswert ist die Erklärung des Reichskanzlers, daß der

ben werden könne. Uns scheint es, als ob für diese Stellungnahme weniger als sachliche Bedenken der parteipolitische Druck maßgebend sei, der von rechts her ausgeht wird. Während die Sozialdemokratische Partei auf dem Standpunkt steht, daß nicht gewählt werden kann, solange nicht durch Aufhebung beschränkender Bestimmungen für alle Bewerber freie Bahn geschaffen ist, will sich die Deutschnationalen Partei mit den Mitteln des Ausnahmezustandes die ungewisse öffentliche Konturierung vom Leibe halten. Dazu ist der Ausnahmezustand nicht da, oder soll er wenigstens nicht da sein. Auch nach seiner Aufhebung bleibt die Staatsgewalt stark genug, um Putsch, woher sie auch kommen, niederhalten zu können, und sie wird dabei die Unterstützung einer großen Volksmehrheit finden. Für die Wahlen, die so oder so bald kommen werden, wie für den legalen Wettbewerb der Parteien überhaupt muß fair play gelten: gleiche Bedingungen für jedermann!

W.B. meldet: Das Reichskabinett nahm heute nachmittag den Bericht des Reichswährungskommissars Dr. Schacht über die bisher getroffenen und weiter von ihm auf dem Gebiet des Währungswesens beschlossenen Maßnahmen entgegen, die die Billigung der Reichsregierung fanden. Im Anschluß daran berichtete der Reichsfinanzminister Dr. Sämisch über die geplanten Sparmaßnahmen. Der vom Reichsfinanzminister unterbreitete Plan für den Abbau und die Vereinfachung der behördlichen Organisation wurde genehmigt, die Notwendigkeit einer tatkräftigen Durchführung des Beamtenabbaus wurde betont.

Die Sitzung wurde um 8 Uhr abends unterbrochen zwecks Empfangs der Führer der Koalitionsparteien durch den Reichskanzler, der die Führer der Deutschnationalen Volkspartei und der D.D.P. bereits mittags empfangen hatte. — In der um 9.30 Uhr abends fortgesetzten Sitzung des Reichskabinetts wurde auf Grund der Besprechung des Kanzlers mit den Parteiführern die parlamentarische Lage eingehend erörtert.

Für die Geschlossenheit der Partei!

München, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die am Sonntag abgehaltene Konferenz der Münchener Parteifunktionäre hatte eine außerordentlich rege Beteiligung aufzuweisen. An die sechsstündige Aussprache, die sich dem Referat des Reichstagsabgeordneten Genossen Gruber anschloß, beteiligten sich 16 Funktionäre. Annahme fand folgende Entschließung: 1. Die Parteifunktionäre der D.D.P. München nehmen Kenntnis von der Sitzung des Parteiausschusses und billigen im Interesse der Parteeinheit die dort gefassten Beschlüsse. 2. Die Münchener Parteifunktionäre bedauern das Bestehen einer organisierten Opposition mit einer eigenen Korrespondenz und lehnen es ab, Bestrebungen zu unterstützen, die einer weiteren Zersplitterung innerhalb der Arbeiterbewegung Vorschub leisten. Stärke und Einfluß der Partei in der Vorzeitszeit sind in ihrer Geschlossenheit und Einheit, nicht aber in der Anzahl der Mandate gelegen. 3. Die Münchener Funktionäre verlangen Parteidisziplin in erster Linie von ihren Vertrauensmännern in den Parlamenten. Jeder Mandatsträger muß sich bewußt sein, daß er ein Mandat der sozialdemokratischen Partei nur im Rahmen dieser ausüben kann, wenn er nicht Mißbrauch mit dem Mandat und Verrat an der Arbeiterklasse treiben will. Die Münchener Funktionäre ermahnen den Parteivorstand, alles zu tun, was geeignet ist, eine neue Spaltung zu verhindern, und fordern ihn auf, die schuldigen Reichstagsabgeordneten der Partei an ihre Pflichten gegenüber der Wählerschaft zu erinnern und zur Disziplin zu zwingen. Von der Reichstagsfraktion erwartet die Versammlung mehr Stetigkeit in der Haltung und Bewahrung der Handlungsfreiheit nach eigenem tatsächlichen Ermessen, nicht aber Sandungen und bedeutungslose Aktionen, die von einzelnen Ortsgruppen oder Bezirken gefordert werden. Bemerkenswert ist, daß der erste Teil der Entschließung über

Opposition einstimmig gebilligt wurde, während der zweite Teil mit allen gegen 16 und der dritte Teil mit allen gegen 17 Stimmen Annahme fand. Eine weitere Entschließung befaßte sich mit dem sozialen Elend der Arbeiterklasse, insbesondere in Bayern und bezeichnet den politischen Druck, mit dem auf die organisierte Arbeiterschaft zu wirken versucht wird, als ein Zeichen der Degeneration des Geistes der verantwortlichen bayerischen Stellen. Gegen die von der neuen Reichsregierung geforderte Arbeitszeiterhöhung bei den Beamten erhob die Konferenz einstimmig Protest und beauftragt den Parteivorstand sowie die Reichstagsfraktion, zusammen mit dem ADGB in allem Ernst Abwehrmaßnahmen vorzubereiten.

Verständigung mit der Regie.

Das zwischen der Regie und dem Reich in Mainz getroffene Abkommen liegt dem Kabinett am Dienstag zur Beratung und zur Entscheidung vor. Da eine Reihe von Fragen, z. B. die Frage, die von den Franzosen durchweg vom militärischen Gesichtspunkt betrachtet wird, ungeklärt sind, müßten Rückfragen an die französische Regie gestellt werden. Im übrigen hat sich die Regie im Prinzip mit der Einstellung aller Beamten einverstanden erklärt. Die Einstellung wird jedoch nicht sofort erfolgen können. Ungeklärt ist auch noch die Frage der Entlassung der Befangenen und der Rückkehr der vertriebenen Eisenbahnbeamten.

Zurückgabe des Eisenbahnmateri als.

London, 3. Dezember. (U.) Wie aus Düsseldorf gemeldet wird, hat die deutsche Regierung sich bereit erklärt, der Regie alle feineren auf den Ausreisbahnen geretteten Lokomotiven und das in Sicherheit gebrachte Eisenbahnmateriale wieder zur Verfügung zu stellen.

Bankrott!

Bonn, 3. Dezember. (D.Z.) Auf Veranlassung der Beauftragungsbehörde wurde heute die Fahne der Sonderbändler vom Rathaus heruntergeholt. Die Sonderbändler führen ihre Geschäfte in der Privatwohnung eines ihrer Ausfühmtitglieder weiter. Auch in Euel, Königswinter, Godesberg usw. wurden die Sonderbändler aus den Rathhäusern entfernt und ihre Fahnen eingezogen.

Immer langsam voran!

Abwarten!

München, 3. Dezember. (D.Z.) Der Prozeß gegen Hitler, Ludendorff und die übrigen Teilnehmer am Münchener Novemberputsch dürfte in diesem Jahre nicht mehr zur Verhandlung kommen, sondern wahrscheinlich erst Januar nächsten Jahres, und zwar vor dem Volkgerecht in München.

Der Spaltplatz in der Volkspartei.

München, 3. Dezember. (D.Z.) Hier ist am Freitag unter dem Vorsitz von Geheimrat Hans Sachs, Rürnberg eine Ortsgruppe der Nationalen Volkspartei Bayern gegründet worden. Dem Gründungsakt ging eine eingehende Darlegung der Gründe voraus, die die fränkischen Nationalen veranlaßt hätten, sich von der Deutschen Volkspartei zu trennen.

Polnische Pressefreiheit. Das Bromberger Kreisgericht verurteilte den Redakteur Jittiau von „unserem Vaterland“, der „Volkstimme“, zu 14 Tagen Haft, weil er eine Aufschrift der von den Franzosen im Ruhrgebiet gerandeten Summen mit dem Aufschriß: „Nacht geht vor Nacht“ gebracht hatte. In der Urteilsbegründung heißt es: „Frankreich ist der Freund Polens und seiner Rettung in Polen sei es gestattet, Nachrichten zu bringen, die den französischen Freund verärgern könnten.“

Prinz Alexander zu Schaumburg-Lippe, der 29-jährige Sohn des Prinzen Albrecht zu Schaumburg-Lippe, hat sich am Sonntag in einem Walde bei Wandersing, in der Nähe von Wittichen, erschossen.

Die Duisburger Separatisten wurden von beiziger Gendarmarie entwaffnet. Damit hat die Separatistenherrschaft in Duisburg

Der Kurz-Roman.

Von Otto Ernst Hesse.

Ein Schriftsteller, der seine Grenzen kennt, ist immer sympathisch. Wenn er dazu aus seiner Natur und seiner Begabung heraus eine eigene Form sich zu schaffen weiß, so darf man diesen Schriftsteller mehr als einen Schriftsteller nennen. Nabund, der Lyriker, der arme leidende Mann mit der großen Sehnsucht nach Gesundheit und Kraft, mit dem seinen Januskopf des Schmerzes und der Freude, ist ein solcher Schriftsteller, der seiner Begabung eine neue Form abgerungen hat. Es ist die Form eines Epos, das ich den Kurz-Roman taufen möchte. Vielleicht geht diese Form auf die Krankheit des Dichters zurück, die ihm verbietet, jenes bekannte Epos zu schreiben, das nach Ausspruch eines Wissenden die Begabung für den großen Roman bedeutet. Doch zu dieser physischen Ursache kommt ein tiefer liegender Grund. Nabund ist Lyriker, d. h. die Welt ist für ihn in Stimmungen auf. Er ist der Künstler des Weltens, der Ueberfensiole, der den Impressionen auf Gnade und Ungnade, auf Ja und Nein ausgeliefert ist. Es fehlt ihm die Stabilität des Ichs, das die Umwelt in eine dauernde Linie zwingt; welche Feststellung kein Werturteil ist, sondern nur die besondere Art des lyrischen Menschen bezeichnen soll. Um nun sich episch ausdrücken zu können, hat sich Nabund diese epische Form des Kurz-Romans geschaffen. Er läßt das Geschehnis eines Lebens in eine heftige Folge kurzer Szenen auf, Szenen, die immer stimmungsmäßig gesehen und gefühlt sind. Nabund ist eine optische Begabung. So werden diese Szenen zu Bildern, die sich aneinanderreihen, minutiös ausgemalte Stimmungsbilder, deren Ganzes ein prachtvolles Tempo ergibt. Es ist etwa die Technik des Films, die er handhabt: Situation folgt auf Situation, der Phantasie des Lesers bleibt ein großer Spielraum, die zeitlichen und örtlichen Veränderungen von sich aus auszufüllen. So wird diese Form des Kurz-Romans, der immer nur den Gesamtumfang einer mühsam langen Novelle hat, ungemein reizvoll, die Grundlage zu einem ganz besonders produktiven Leben und bringt die künstlerische Illusion hervor, man habe es mit einem riesigen Komplex zu tun.

Und in der Tat: diese Nabundischen Kurz-Romane sind riesige Komplexe, da die künstlerische Illusion mehr entscheidet als die bedruckte Seitenzahl. Nabund konnte es deshalb wagen, an ganz große Vorbilder heranzugehen. Der erste Kurz-Roman hieß „Morgau. Roman eines Soldaten“, der zweite „Mohamed, Roman eines Propheten“. Jetzt eben erscheint der dritte: „Bjotr, Roman eines Jaren“. (Wie alle Bücher Nabunds bei Erich Keil in Berlin.) Bjotr ist Peter, den man den Großen genannt hat. Sein Leben wird erzählt. Erzählt in der gezeichneten Form. Bunt, mit großem Tempo, voller Tag- und Nachtstimmungen wird das gebärende Chaos des erwachenden Rußlands hingemalt. Nabund ist Meister. Für die Szenen genügen, um einen Menschen rund zu machen, eine knappe Situation, um ein Schicksal aufzubauen. Der Mann hat eine Bühne in seinem Herzen, auf der seine Gestalten

agieren. Man und wieder eine Szene, an der der Stoff sich gegen diese Form sträubt; wenn es gilt, eine Entwicklung zu geben, wenn politische Ideen ausgelegt werden müssen. Doch es sind nur Klappenpausen, die man mitnimmt. Der Schluß ist problematisch. Das Alter des Jaren will nicht Situation werden. Aber ein paar Schlußbilder erheben sich noch einmal zu dichterischer Größe. Dichtersicht! Denn das ist das Hauptmerkmal der Nabundischen Kurz-Romane: sie sind nicht Schriftsteller, sondern Dichtung, prächtige Profabdichtung; nicht historische Rekonstruktion, sondern historische Vision. Nicht richtig, sondern wahr. Und darauf kommt es an.

„Lübeder Totentanz“ in der Klosterkirche.

Bis zum Krieg war Lübed durch sein süßes gartes gartiges Marzipan berühmt. Das hat seit längerer Zeit aufgehört. Und nun sendet es uns etwas anderes. Eine junge Künstlerin — Hektor-Truppe nennt sie sich nach ihrem Führer — ist von der alten Hofstube und Hofkapelle aufgebrochen, um der Welt einen Lübeder Totentanz vorzuführen. Das geschah am Sonntag in der für diese Zwecke geeigneten Klosterkirche. Man sah im hohen Chor der Kirche ein breiteres Gerüst errichtet: die Bühne, abgegrenzt durch dunkle Vorhänge. Im alten Gerüst ein paar etwas fast und grell leuchtende Glühbirnen. Dann das Spiel: Orgelklänge. Ein himmlischer Gesandter in blauem Kleid tritt auf und erklärt, daß die Menschen durch den Verzicht im Paradies das ewige Erdenleben verwirkt haben. Nun ist der Tod ihr größter Herrscher. Dann löst der Tod. Er löst mit seiner Flöte die ihm Geweihten heran. In langsamem Schreiten unter wuchtigen Orgeltönen nähert sie sich durch den Mittelgang. Der Kaiser, die Kaiserin, der Abt, die Königin, der Arzt, der Bauer, der Wucherer, der Kriegsmann, die Büchlerin und die junge Ratter mit dem Rindchen. Mit jedem Tanz der Tod. Kaiser und Kriegsmann und Wucherer werden mit hartem Ansporn ins Nichts geschleubert, mit Spott und Hohn das weltliche Leben. Aber den Frauen kommt selbst der Tod zart entgegen. Vor dem jungen Leben des Rindchens zaudert er, von seiner eigenen Macht erfüllt. Man sah diese Dinge schon von Laienspielern. Hier sind junge Schauspieler mit großem Ernst, mit Inbrunst und Hingabe am Werk. Einen Namenszettel gibt es nicht. Die Spieler wollen eine Gemeinschaft sein, in der der einzelne namenlos aufsteht. Die Handlungen sind durchweg episch. Nur der Tod wirkt charakteristisch, ein wirkungsvoller Sprecher von belebter Geste, tänzerisch-blegiam schreitend. Er ist das allgemein Menschliche seiner furchtbaren Aufgabe glücklich unter Vermeidung alles Theatralischen-Schaugrigen. Wundervoll abgestimmte Kostüme beleben die erste Szene. Hinter den dunklen Vorhängen aber singen Mägen und Weigen ihre schwermetallvollen Weisen, wenn der Tod die Menschen aus dem Leben geleitet. Der Gesamtindruck ist stark und nachhaltig, nicht zum mindesten bewirkt durch die Ehrlichkeit der Spieler selbst, die ein Stück des neuen Jugendwillens gestalten wollen. Die Truppe will die ganze Wucht hindurch spielen. Leider bekam sie keine Bühne frei wie in anderen Städten, um Schauplätze und Bühnen Wozel zu spielen. Nur eine letzte Frage: Warum immer wieder die alten Totentanz und keine neuen? Fürsten, Kriegsknechte, Bösen, Gelehrte, Wucherer, Schieber, gelizte Bauern, verhungerte Mütter, das habe den Totentanz unserer Zeit. Auf, ihr Dichter! Auf, ihr Spieler!

Ein Palastfilm. Am Sonntag wurde in der Kithambra ein Palastfilm gezeigt. Ein reicher Bauernvolkshändler, Herr Bloemberg aus Bittsburg, macht unter sachkundiger Führung eine Fahrt durch die jüdische Kolonie Palästina. Er bezieht sie mit der Entzündung eines Telegramms, in dem er 100 000 Dollar anfordert, um dort eine Anstalt zu bauen. Also ein jüdischer Propagandafilm. Das ist eine Sache für sich. Ein herrliches Schauspiel ist es aber, wie aus dem Wüstenland, über das noch vor kurzem Kommandanten zogen, nun neue Städte, fruchtbare Getreidefelder, lebende Traubengärten entstehen. Sumpfe werden trockengelegt, Brunnen geböhrt, der Wüstenland bewässert. Kindergärten, Schulen, Museen, selbst eine Universität werden errichtet. Manahim will es einem fast scheinen, daß vielleicht anderswärts mit weniger Mühe und Geld Großes geleistet werden könnte, und zwar unter günstigeren Lebensverhältnissen. Denn leicht müssen es die jüdischen Arbeitspioniere in ihren hölzernen Boxen und Zeltlagern in sommerlicher Hitze und langem Winterregen wahrlich nicht haben. Doch der gewählte jüdische Kleinbürger und Proletarier fühlt sich auf eigenem Boden frei und selbständig, selbst dem Wüstenland und der sengenden Sonne hält er stand.

Vom Gesichtspunkte der erreichten Kolonisationserfolge erscheinen die angeführten Zahlen imponierend. Von einem weiteren Gesichtspunkte aus — der Lösung des jüdischen Problems, der Idee des jüdischen Staates wirken sie aber weniger überzeugend. Das Problem des jüdischen Proletariats und des kleinen Handwerkers kann eben nur an Ort und Stelle seine Lösung finden: im Kampfe Schulter an Schulter mit nichtjüdischen Klassenangehörigen gegen die kapitalistische Ausbeutung. Die jüdischen Kolonien in Palästina sind weniger ein soziales Experiment moderner Reformatorien, als ein jüdisch-kapitalistischer Siedlungsversuch. Die Kolonien in Palästina sehen und fallen mit dem bezahlten landwirtschaftlichen Arbeiter.

Der Film wird in der Urania gezeigt werden. Mit seinen wunderbaren Landschaftsbildern, dem bunten Treiben der orientalischen Volkstänze, den reizvollen Straßenszenen Jerusalems und Jaffas, dem sich ganz allmählich aufbauenden jüdischen Bürgerleben und den Stätten ruhmvoller Vergangenheit liefert er vorzügliches geographisches Lehrmaterial, gibt aber gleichzeitig zahlreiche Anregungen auf sozialem und historischem Gebiet.

Dr. G. A.

Nächste „Lebende“ der Volkshöhe. Alle Fischer, Roman bei „Ruhige Dichtungen“ am Dienstag, den 4. Dez. abends 7 Uhr, in der Aula der Schule Reichender Straße 67, am Donnerstag, den 6. in der Aula der 1. Mädchen-Mittelschule, Reußstr. Donaustraße 122. S. Westfälische bei „Ballade“ am Mittwoch, den 5. abends 7 Uhr, in der Aula der 166. Gemeindefschule, Aufschlagentische (Norden). Unlag jeweils 25 Goldmarkige Karten am Sonntag.

Vorträge. Dienstag, 7. Uhr, spricht im Werner-Siemens-Redaktionshaus, Dehnenlauffstraße, Professor Theodor Sellin a. Darmstadt über: Die Schule als „Lob“. Karten in der „Werkstatt“, Langenburger Straße 7 und im Vortragssaal.

Die Schülerzeitung am Staatlichen Knabenheimskam am Donnerstag, den 5. bis 9. Dez. eine Verkaufsausstellung in den Räumen der Unterthanenalt Brigg-Albrecht-Straße.

Das Bergmann-Haus der Acker-Vereinigung ist offiziell seiner Bestimmung übergeben worden. Es ist bestimmt, begabten reichhaltigen Studierenden zur Durchführung ihrer Studien frei von allen Sorgen Unterkunft und Verpflegung menschenwürdig zu gestalten. 60 Studierende haben darin Aufnahme gefunden.

Senkt die Preise!

Seit Tagen hat man auf den Produktenmärkten im Zusammenhang mit der Festigung der Papiermarkt ein Nachlassen der Preise feststellen können, so daß sich Papiermarkt und Rentenmarktpreise völlig ausgeglichen haben. Diese erfreuliche Bewegung hat sich auch auf den Kleinhandel übertragen. Am Montag legten sich die Preisrenten besonders auf dem Lebensmittelmarkt fort. Rührende verbilligten sich um 25 Proz., Gemüse bis zu 50 und Fleisch um 35 bis 40 Proz. Anscheinend hat sich die Auflockerung des Ernährungsministeriums an das Fleischergewerbe, die Preise in Goldmark auf Grundlage der tatsächlichen Herstellungskosten und unter Einrechnung eines Gewinnzuschlages festzusetzen, der den im Frieden auf eine Gewaltsamkeit entfallenden Verdienst nicht überschreiten darf, bis zu einem gewissen Grade geltend gemacht. Unserer Ueberzeugung nach ist eine weitere Verbilligung möglich. Sie kann erreicht werden, wenn die Behörden endlich zugreifen und sich nicht, wie das bisher leider der Fall war, durch unrichtige Berechnung der Herstellungskosten täuschen lassen. Richtige Kalkulationen werden dann in ganz kurzer Zeit infolge der Erziehung der Papiermarkt durch wertbeständige Zahlungsmittel erreicht werden können. In Hamburg ist es gelungen, die Risikozuschläge zum Teil durch völlige Einstellung auf die Goldmark zu beseitigen. Viele Geschäfte haben trotz der Berliner Notierung den Multiplikator bereits auf 800 Milliarden herabgesetzt. Dadurch ist eine nicht unwesentliche Verbilligung der Waren eingetreten. Z. B. sank der Milchpreis von 49 auf 35 Goldpfennige und Ochsenfleisch war je nach Qualität auf dem Viehmarkt für 15 bis 45 Goldpfennige zu haben, während man in anderen Städten infolge der ungerechtfertigten Zuschläge einen doppelten oder vielfachen Betrag zahlen mußte.

Die preussische Regierung hat die Oberpräsidenten angewiesen, unter allen Umständen die Warenpreise auf ein erträgliches Niveau herabzubringen. Um die Bevölkerung zur Mitkontrolle zu veranlassen, werden die Friedenspreise von Zeit zu Zeit in Zukunft in den Zeitungen veröffentlicht. Die Preisprüfungsstellen sind angewiesen, die Friedenspreise als Unterlage für ihre Beurteilung der Preise zu gebrauchen. Kommen die Händler den Anordnungen der Preisprüfungsstellen nicht nach, dann soll die Bundespolizei sofort eingreifen. Sie ist beauftragt, in erster Linie mit der Entziehung der Handelsurkunden zu arbeiten.

Der englische Wahlkampf belebt sich.

Seit einigen Tagen werden Wahlversammlungen der Liberalen und Konservativen durch Kommunisten gestört. Die Arbeiterpartei weist diese Störungen von sich ab. Am Samstag bestritten die Arbeiter die konservativen Kandidaten Mr. Robertson. Sie wurden geschlagen und mußte von der Polizei geschützt werden, ebenso der liberale Kandidat Tennant, der Schwager Asquith's. Tennant geht nur in Begleitung von 4 Polizisten aus.

Baldwins verlorener Sohn.

Oliver Baldwin, der Sohn des Ministerpräsidenten, hielt in Buntingham für die Arbeiterpartei eine Rede, in der er die Regierung wegen ihrer Untätigkeit scharf angriff. Daß diese Regierung seit einem Jahre im Ansehn ist, sei ihre einzige Tat. Sie habe es zugelassen, daß die Türkei mehr erhebt, als sie ihr geschuldet habe. Die Delfinder in Mesopotamien habe sie einem Duzend englischer Kapitalisten überlassen. Wenn irgend ein Sohn nötig sei, wobei Baldwin eine Anspielung auf die Schutzkompanie machte, so sei allenfalls nur ein Sohn vor einer solchen Regierung wie der jetzigen notwendig.

Die Arbeitervereinigungen in Ostfondon demonstrierten gestern, Sonntag, gegen die Schutzzölle und verlangten die Anerkennung der Sowjetregierung.

Ein neues Stimmungsbild gibt die Wahl zum Bezirksrat von London-Islington. Der Kandidat der Arbeiterpartei wurde mit 1206 Stimmen gewählt gegen einen Municipalreformer, der 1800 Stimmen erhielt. Vorher hatte ein Municipalreformer das Mandat inne.

Die Mitwirkung Amerikas.

Bei der Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit.

London, 3. Dezember. (W.D.) Der Washingtoner Berichtserfasser der „Times“ schreibt, die amerikanische Regierung habe die informelle Einladung der Reparationskommission, Mitglieder für die von ihr beschlossenen Ausschüsse zu ernennen, weder angenommen noch verworfen. Als der amerikanische Beobachter Logan diese Anregung übermittelte, habe das Staatsdepartement mit einem Ersuchen um weitere Informationen, bis zu welchem Grade die Ausschüsse freie Hand erhalten sollten, geantwortet. Der Berichtserfasser nennt es im voraus sicher, daß die Vereinigten Staaten heute nicht geneigter sein dürften als vor einem Jahr, sich einer Reparationsuntersuchung anzuschließen, die feingliedrige Ergebnisse verspreche, und schließt, was nun die in Paris gemachten Vorschläge anbetrifft, daß amerikanische Bürger sich privat an den beiden Ausschüssen beteiligen, so müsse daran erinnert werden, daß Männer von Bedeutung es lieber ablehnen würden, ohne die volle Billigung ihrer Regierung zu handeln.

Der Pariser Berichtserfasser der „Times“ schreibt, eine hohe Autorität habe ihm mitgeteilt, daß, wenn nicht Sicherheit über Amerikas Mitwirkung bestehe, es zweifelhaft sei, ob die von der Reparationskommission beschlossenen Ausschüsse je ernannt werden. Es würde nur Zeitverschwendung sein, wenn die Ergebnisse der gedachten Untersuchung nicht entscheidend sein sollten, und diese könnten nicht entscheidend sein, wenn die Ausschüsse nicht ebenso viel Autorität hätten, wie der Morgan-Ausschuß vom letzten Jahre. Es heiße, daß Anstrengungen gemacht würden, um die Mitwirkung Amerikas zu erreichen, bevor die Angelegenheit weiter betritten würde. Es werde gehofft, daß ein Interimsbericht des Ausschusses, der sich mit den deutschen Finanzen befaßt, innerhalb kürzester Zeit vorbereitet werden und daß es dem Ausschuß ermöglicht werden könne, seine Untersuchung mit mehr Mut fortzusetzen. Alle Augen seien daher auf Washington gerichtet. Es bestehe volle Hoffnung, daß irgend etwas getan werde, und wenn es sich wirklich um eine offizielle Einladung handele, so werde die Reparationskommission wahrscheinlich ein formelles Ersuchen an die Vereinigten Staaten senden, damit auf alle Fälle private Personen ermächtigt werden, an der geplanten Untersuchung teilzunehmen.

Folgen der deutschvölkischen Judenhege.

New York, 3. Dez. (W.D.) Das Mitglied des Kongresses Celler hat erklärt, daß er mit Rücksicht auf Verichte, wonach einige Leute in Deutschland sich empörende Verbrechen gegen unschuldige Juden hätten zu Schulden kommen lassen, die Einbringung der gemeinsamen Resolution aufschieben würde, durch die 25 Millionen Dollar zur Unterstützung der Bevölkerung Deutschlands bewilligt werden sollten.

Der Staatssekretär in der Reichsanleihe Dr. Kempfer ist mit dem Kabinetswechsel zurückgetreten. Reichsanleiher Mark beobachtet, das Amt des Staatssekretärs in der Reichsanleihe dem Ministerialdirektor im Preussischen Wahlverwaltungsministerium Bracht zu übertragen. Auch ist Jurist mit reiner Beamtenlaufbahn. Er war bereits vor dem Kriege in der Medizinabteilung des Reichsanleiheramts.

Das Ringen um die Löhne.

Die Spitzenorganisationen der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, A.O.G., Deutscher Gewerkschaftsbund, I.F.A.-Bund und Gewerkschaftsbund haben sich in folgender gemeinsamer Eingabe an den Reichsarbeitsminister gewandt, um Protest zu erheben gegen die für die Arbeiter unerschwinglich gewordenen Lohnsätze der Unternehmensverbände, die in der wirtschaftspolitischen Einstellung maßgebender Persönlichkeiten im Reichsarbeitsministerium eine wesentliche Stütze finden.

Der schwere Druck der wirtschaftlichen Krise und deren rückwärtslose Ausprägung durch die Arbeitgeber hat die Arbeitnehmer im Kampfe um einen angemessenen Lohn in eine sehr ungünstige Position gebracht. In solcher Zeit erscheint es uns besonders Aufgabe des Reichsarbeitsministeriums zu sein, die wirtschaftlich Schwächeren zu stützen und mit allen Mitteln mühevoller Ausbeutung der Arbeitskraft zu verhindern. Leider sind wir genötigt, auszusprechen, daß die Gewerkschaften nicht überzeugt davon sind, daß alle Stellen im Reichsarbeitsministerium die Notwendigkeit solcher Einstellung reiflos erkannt haben; sie beweisen insbesondere, daß die vom Reichsarbeitsministerium mit Richtlinien versehenen Schlichtungsausschüsse der eingangs bezeichneten Aufgabe nachzugehen gewillt sind. Wir können uns auch des Eindrucks nicht erwehren, daß

Die Arbeitgeberseite.

nach der an Arbeitslohn im allgemeinen höchstens 2/3 des Friedenslohnes gezahlt werden sollen, im Reichsarbeitsministerium über Gebühr beachtet wird.

Wir bestreiten, daß die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft generell eine derartige Lohnherabsetzung notwendig macht; wir bestreiten außerdem mit äußerstem Nachdruck, daß ein solches Lohnniveau zur Befundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse beitragen kann. Angesichts der Bedeutung, die diesem Arbeitsbeargument beigelegt wird, seien uns zur Widerlegung noch einige Ausführungen gestattet:

In bewusster Verkennung der wirklichen Tatsachen wird es so hingestellt, als ob die Goldmark, in der heute gerechnet wird, an Kaufkraft der Friedensgoldmark gleich sei und daß der Abzug von einem Drittel vom Friedenslohn den durch die gegenwärtigen Verhältnisse gebotenen Entbehrungsfaktor darstellt. Es kann aber nicht bezweifelt werden, daß infolge der Weltkrisis bereits selbst die echte Goldmark an Kaufkraft mehr als ein Drittel eingebüßt hat, so daß Löhne, wenn sie auf dieser Basis abgeschlossen würden, bereits einen reichlichen Entbehrungsfaktor enthielten. Nach unseren Währungsverhältnissen können aber zurzeit Festmarklöhne nur in Goldanleihe oder Rentenmark vereinbart werden, die an Kaufkraft erheblich hinter der echten Goldmark zurückstehen. Diese Tatsache wird in der gesamten Wirtschaft anerkannt, was in der Höhe

der in Gold ausgedrückten Warenpreise

zum Ausdruck kommt. Wenn wir auch annehmen, daß diese Tatsachen dem Reichsarbeitsministerium bekannt sind, geben wir doch in der Anlage zur Anschaulichkeit eine Aufstellung wieder, die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin nach den Ermittlungen über die

Die französischen Rüstungskredite.

Die Rüstungskredite Frankreichs an die Kleine Entente, über die vor einigen Tagen die Londoner „Times“ ihr Verdröben ausgesprochen hat, werden auch in Amerika in steigendem Maße abfällig kritisiert. Nachdem zuerst die „New York Times“ gegen diese Darlehen Stellung genommen hatte, haben sich nunmehr auch die „New York World“ und das „Journal of Commerce“ in ähnlichem Sinne geäußert. Der Pariser Korrespondent der „New York World“ stellt fest, daß Frankreich seit dem Waffenstillstande bereits über 52 Milliarden Frank Darlehen im wesentlichen für militärische Zwecke gewährt hat, zu denen jetzt 15 Milliarden Frank hinzutreten sollen. Von dem ersten Betrage entfallen auf die Kleine Entente allein 4,5 Milliarden. Dazu kommen weiter an das antilöschemische Russland 52 Millionen Frank, an England und Dänien 481 Millionen Frank und kleinere Beträge an Estland, Litauen, Oesterreich und Ungarn, insgesamt mit der obigen Summe 5216 Millionen. In der „New York World“ wird ausdrücklich hervorgehoben, daß der größte Teil dieses Darlehens für die Beschaffung von Kriegs- und Eisenbahnmateriale verwendet worden sei.

Sturmzeichen im Einzelhandel.

Eine stark besuchte Versammlung der Funktionäre des Zentralverbandes der Angestellten im Einzelhandel nahm gestern Stellung zum Schiedsspruch für Dezember, der für die Gruppen I bis IV in den höchsten Stufen 140, 200, 280 und 325 Rentenmark vorsieht. Die Arbeitgeber haben diesen möglichen Spruch abgelehnt und damit zum Ausdruck gebracht, daß sie weiter auf Kosten der Angestellten Ertragsgewinne erzielen wollen. Die Funktionäre haben dem Schiedsspruch zugestimmt und sind entschlossen, die Anerkennung des Spruches nötigenfalls durch Kampf zu erzwingen. Die nötigen Vorbereitungen sind getroffen. Jetzt hat das Wort der Demobilisierungsinstitut. Er kann den Kampf verhindern, wenn er die Verbindlichkeitsklärung des einstimmig gefällten Spruches ausspricht.

Wirtschaft

Goldpreise vor dem Kriege und jetzt.

In der Eingabe der Gewerkschaften an den Reichsarbeitsminister ist darauf hingewiesen worden, daß die Goldpreise heute wesentlich höher sind als vor dem Kriege. Wir entnehmen der Aufstellung, die dieser Eingabe beigelegt ist, folgende Preisangaben:

	Preis in Goldmark	Steigerung	
	1918	12. 11. 28 in Proz.	
Roggenbrot 1 Kilogr.	0,28	0,43	154
Weizenmehl	0,40	0,81	102
Gebien, gelbe	0,40	1,07	267
Speisebohnen, weiße	0,50	0,85	170
Weißbrot	0,08	0,12	150
Rindfleisch (Brust)	1,80	6,93	388
Schweinefleisch (Bauch)	1,70	8,-	470
Speck (schon)	2,-	16,-	800
Butter	2,70	5,67	171
Margarine	1,40	3,-	142
Schweinefleisch	1,40	2,97	102
Darzer Käse	0,80	2,40	300
Erdäpfel	0,60	4,67	778
Rüben	0,45	0,88	194
Kaffee (gebrannt)	8,20	6,40	200
Brisetto 1 Zentner	1,20	2,14	178
Waffeln	1,-	4,64	351
Brennholz	0,75	3,91	491
Wasser 1 Kubikmtr.	0,12	0,21	175
Petroleum 1 Liter	0,20	0,38	165

Lebenshaltungskosten vom 12. November d. J. für wöchige Anteile des Rententensums veröffentlicht worden ist.

Seine Ziffern sind inzwischen schon wieder überholt, die Goldpreise in der deutschen Wirtschaft sind weiter gestiegen und steigen noch täglich. Sie liegen sämtlich bereits erheblich über den Friedenspreisen, bei den wichtigsten Konsumartikeln für die breite Masse auf dem Drei- und Vierfachen und selbst darüber.

Die statistischen Ergebnisse der jüngst vergangenen Wochen beweisen außerdem, daß die Teuerung der Lebenshaltung ganz wesentlich stärker gestiegen ist, als der Kurs der Goldmark. Dadurch ist eine weitere Rückentwicklung der Löhne und Gehälter, auch soweit sie in Goldmark gerechnet werden, eingetreten.

Wenn aber die Verhältnisse so liegen, dann kann unmöglich an der Fixtion festgehalten werden, daß die heutige Goldmark gleich der Friedensgoldmark sei und daß ein Festmarklohn in nominaler Friedenshöhe zu hoch liegen könne. Im Gegenteil enthält unter den heutigen Preisverhältnissen ein Friedensnominallohn einen Entbehrungsfaktor, der nicht nur sozial ungerecht, sondern auch wirtschaftlich ganz unbegründet ist. Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ist entscheidend die Preisgröße. Nachdem feststeht, daß die Preise ein Vielfaches der Vorkriegszeit betragen, kann nicht mehr die Rede davon sein, daß die Löhne nicht einmal die Vorkriegshöhe erreichen dürfen. Wird gegenüber der Vorkriegszeit eine solche gewaltige Differenz zwischen dem Preisniveau und der Lohnhöhe festgehalten und damit die Kaufkraft der breiten Masse so niedrig gehalten, daß kaum die elementarsten Lebensbedürfnisse befriedigt werden können, ist

die Wiedergewinnung der Wirtschaft ganz unmöglich.

Das Ziel der Wirtschaftspolitik, den brachliegenden Produktionsapparat wieder in Bewegung zu setzen, kann ohne eine Hebung der Kaufkraft bei der Masse der Bevölkerung und damit der Wiederherstellung eines inneren Marktes nicht erreicht werden.

Nach alledem müßte der Zeitgedanke einer am liebsten zu fördernden Lohnpolitik dahingehen, den durch die Wirtschaftskrise bedingten natürlichen Druck auf die Lohnhöhe zu mildern und zu verhindern, daß das ohnehin vorhandene Streben der Arbeitgeber, den Lohn möglichst niedrig zu halten, sich über Gebühr durchsetzt. Wir haben eingangs bereits darauf hingewiesen, daß uns die bisherige Haltung des Reichsarbeitsministeriums zu diesen Fragen mit dieser Auffassung nicht übereinzustimmen scheint. Wir dürfen wohl annehmen, daß diese Einstellung des Reichsarbeitsministeriums von dem Bestreben diktiert war, einen mit der Einführung von Festwährung erhofften Preisabbau nicht von der Lohnseite her zu verhindern. Nachdem nun aber die praktischen Erfahrungen bewiesen haben, daß nicht nur der Abbau der Goldpreise nicht eingetreten ist, sondern im Gegenteil die Preise noch fortgesetzt in die Höhe gegangen sind, geben wir uns der Erwartung hin, daß bei einer weiteren Prüfung dieser Frage im Reichsarbeitsministerium die Berechtigung der von uns vertretenen Auffassung nunmehr anerkannt und dementsprechend gehandelt wird.

Die Preissteigerungen sind in Gold geradezu enorm und werden keinesfalls durch die später eingetretenen Senkungen mancher Goldpreise voll ausgeglichen. Dadurch kommt es, daß selbst nach Erreichung der Vorkriegshöhe, die vorerst der Arbeiterschaft noch als unerreichbares Ideal hingestellt werden, eine beträchtliche Einbuße an Reallohn zu verzeichnen sein würde. Wie viel mehr erst das der Fall ist, nachdem die Lohnpolitik der Regierung auf eine tatsächliche Niedrighaltung der Löhne abzielt, das ist in der Eingabe des näheren dargelegt.

Die Vorgänge am Geldmarkt in den letzten Tagen sind von außerordentlichem Interesse. Während noch am 27. November für Tagesgeld an der Börse bis zu 16 Proz. täglich verlangt wurden, konnte man gestern Geldsätze von 1/2 Proz. hören. Es ist also eine große Geldflüssigkeit eingetreten, die in der Hauptsache auf große Effektenverkäufe zurückzuführen ist. Die Stabilität des Dollarkurses, die noch weniger in dem Gleichbleiben der Berliner Diskontierung als in dem Aufhören der Markverschlechterung im Ausland erkennbar wird, hat es der Spekulation unmöglich gemacht, mit Beifall große Effektenbestände durchzuhalten. Die Folge waren die Zahlungsschwierigkeiten bei einzelnen Bankfirmen. Jetzt haben, auch vom Ausland her, große Verkäufe von Effekten stattgefunden, so daß wieder Geld im Ueberfluß nach Anlage sucht. Bezeichnend ist dabei, daß man sich neuerdings wieder festverzinslichen Werten in erhöhtem Maße zuwendet und u. a. Kriegsanleihe festern bis auf 200 Milliarden Prozent und darüber gezeichnet ist. Offenbar gibt es Kreise, die auf eine Aufwertung der alten Anleihen oder mindestens auf ihre Rückzahlung in Rentenmark rechnen. Das ist natürlich bei einem Staats, der vorläufig noch auf Schuldenmachen angewiesen ist, ausgeschlossen. Was übrigens die Auslandsverkäufe an deutschen Effekten angeht, so ist die Vermutung am Platze, daß man hier wieder verucht, für deutsche Firmen Marktguthaben ins Ausland zu schaffen, mit denen man an fremden Börsenplätzen Devisen kauft. Man vermutet nämlich, daß die Auslandskreise, die jetzt Aktien abstoßen, mit deutschen Interessenten identisch sind, die vorher Wertpapiere ins Ausland geschafft haben. Selbst die büräerliche Presse hat neuerdings wiederholt Andeutungen gemacht, die darauf verweisen. Es ist notwendig, daß die Regierung diesen Vorgängen ihr Augenmerk zuwendet.

Die Aufbewahrung der Wertpapiere bei Banken ist durch eine Verordnung des Reichspräsidenten nicht geregelt worden unter Abänderung des Bankdepotgesetzes von 1896. Bisher waren die Banken verpflichtet, ihren Kunden Verzeichnisse über die an- und verkauften Stücke zuzusenden. Sie sind jedoch infolge der Arbeitsüberlastung und ihrer technischen Unzulänglichkeit in letzter Zeit mehr und mehr davon abgekommen und erklärten sich dazu außerstande. Von jetzt ab werden nach der Verordnung Stückverzeichnisse nur zugestellt, wenn der Kunde das ausdrücklich verlangt. Um nun dem Kunden gegenüber der Bank auch im Falle eines Konkurses die notwendige Rechenschaft zu geben, daß er über seine Papiere verfügen kann, wird er zum vorbereitenden Konkursgläubiger. Er kann seine Papiere in jedem Falle verlangen, auch wenn er das Stückverzeichnis nicht erhalten hat. Eine weitere Änderung des Bankdepotgesetzes, die mit der erwähnten nicht im Zusammenhang steht, erleichtert den Banken, einen Kontoübertragungsverkehr auf der Grundlage von Goldanleihestücken und Rentenbanktiteln einzuführen, indem sie die Banken insoweit von den besonderen Verpflichtungen des Bankdepotgesetzes befreit.

Reorganisation der staatlichen Staatswerke. Die Regierung beabsichtigt, die staatlichen Kohlen- und Elektrizitätswerke in eine Aktiengesellschaft unter der Bezeichnung „Aktiengesellschaft für staatliche Werke“ umzuwandeln. Die Zustimmung des Landtages hierzu wird durch Vorlage eines besonderen Gesetzes sofort eingeholt werden. Dagegen sollen die übrigen werben Staatsbetriebe, die Hüttenwerke, das Blaufarbenwerk, die Porzellanmanufaktur und das Kalkwerk als reine Staatsbetriebe erhalten bleiben und wie bisher weiter bewirtschaftet werden.

Gewerkschaftsbewegung

Die Massenkündigungen im Bergbau.

Aus dem Ruhrgebiet wird uns geschrieben:
Am Donnerstag, den 29. November, fanden besamtlich in Hamm Verhandlungen der Demobilisierungskommission mit Vertretern der Gewerkschaften und des Zechenverbandes wegen der Zechenstilllegungen und Massenkündigungen statt. Die Vertreter der Behörden bemühten sich sehr, den Zechenverband zur Anerkennung der bestehenden Gesetze und Verordnungen zu bewegen. Man hat die Zechenvertreter, doch schlieunig entsprechende Anträge betr. der Betriebsstilllegungen und Massenkündigungen bei den zuständigen Bergwerksbeamten einzureichen. Diese Anträge würden schnell geprüft und erledigt werden. Die Genehmigung zu den getroffenen Maßnahmen würde zweifellos mit rückwirkender Kraft erteilt werden. Aber man müsse doch vom Zechenverband verlangen, daß er sich wenigstens formal am Gesetz halte.

Bei objektiver Betrachtung des Verhandlungsergebnisses kommt man unzweifelhaft zu dem Schluß: Die Massenkündigungen sind zwar rechtlich unzulässig, die Behörden werden aber schon einen Weg finden, um diese Massenkündigungen rückwirkend rechtswirksam zu machen, samt mit Strafmaßnahmen vorzugehen. Mit Verlaub, Herr Demobilisierungskommissar, das geht nicht. Die Verordnung betr. Massenkündigungen, Betriebsstilllegungen usw. läßt das nicht zu. Oder beabsichtigt man etwa „unvorhergesehene Ereignisse“ als Rechtfertigung vorzuschützen? Es gehört doch wahrhaftig kein großer Weitblick dazu, um im Verlauf der neun Monate des passiven Widerstandes rechtzeitig zu erkennen, welche Auswirkungen der passive Widerstand auf wirtschaftlichen Gebiete zeigen würde. Aber die Arbeitgeber haben ja den Demobilisierungskommissionen gegenüber kein Hehl daraus gemacht, daß sie mit den Betriebsstilllegungen und Massenkündigungen eine Verlängerung der Arbeitszeit und Änderungen der Arbeitsbedingungen bezwecken. Die Arbeitgeber bezwecken weiter eine „Bereinigung“ der Betriebe. Diese Bereinigung erstreckt sich natürlich nicht etwa auf Leute, die Doppelbeschäftigung haben, oder auf solche, die im besetzten Gebiet arbeiten und im unbesetzten Gebiet wohnen, nein, sie erstreckt sich auf die Funktionäre der Gewerkschaften.

Ruin legen die Unternehmer, sie könnten das unterzeichnete Abkommen mit der Reichsregierung nicht erfüllen und darum die Betriebe vorerst nicht in Gang setzen. Demnach hätte man wieder etwas untergeschrieben, was man von vornherein nicht durchführen zu können glaubt.

Selbst wenn die Betriebe wieder in Gang gesetzt würden, so legen die Unternehmer, könnten zunächst höchstens 30 Proz. der Belegschaft wieder eingestellt und dann allmählich bis auf etwa 75 Proz. erhöht werden. In der Vorkriegszeit wurden bei schlechten Konjunkturs niemals Massenkündigungen oder Entlassungen vorgenommen, sondern Forderungen eingeleitet. Warum will man diesen Weg nicht auch heute gehen? Wer will für die auf das Straßengestühl gemornten Arbeitnehmer des Bergbaus aufkommen? Auch diese Leute haben ein Recht auf Arbeit, ein Recht und einen Willen zum Leben. Sie werden leben auf Kosten der Beschäftigten. Unruhe, Produktionsstörungen usw. werden die Folge sein. Und wie wollen die Arbeitgeber angesichts der von ihnen geplanten Betriebsbeschränkungen die augenblickliche Heranbildung von weit mehr als 1000 technischen Grubenbeamten auf den Bergbau erklären? Wo so kann und darf es nicht gehen. Die Arbeiter und Angestellten des Bergbaus müssen — von Doppelexistenzen abgesehen — restlos wieder in die Betriebe hineingebracht werden.

Die Gewerbeämter in Herne, Selenkirchen und anderen Städten des Industriegebietes haben in den letzten Tagen Urteile gefällt, wonach die erfolgten Kündigungen rechtswirksam und demgemäß die vornehmlichen Gehälter von den Arbeitgebern zu zahlen sind. Neueinstellungen der Bekündigten auf Grund eines neuen Arbeitsvertrages sind von den Gerichten für unzulässig erklärt und das Weiterbestehen des bisherigen Arbeitsvertrages für rechtsgültig anerkannt worden. Laufend gerichtliche Klagen gleicher Art, deren Ausgang nicht zweifelhaft sein kann, sind bei den Gewerbe- und Berggewerbeämtern noch in der Schwebe. Noch bestehen die Gesetze auch für die Arbeitgeber zu Recht. Die Arbeitnehmer sind nicht Willens, die Gesetzesverletzungen und Durchbrechungen der Tarifverträge der Arbeitgeber ruhig hinzunehmen.

Wie man spart und sparen könnte.

Uns wird geschrieben:
Für die Reichseisenbahnbeamten, welche durch ihre dienstliche Tätigkeit gezwungen sind, außerhalb der Heimat ihre Dienste zu leisten bzw. ihren Dienst im eigentlichen Reisen auf der Eisenbahn auszuführen, besteht eine gesetzliche Regelung durch Ermächtigung von Aufwandsentschädigungen. Waren nun schon seit Bestehen dieser Gesetze über die Höhe der Summen die Interessenten verstimmt, so erlebt man gegenwärtig, daß auf diesem Gebiet das Reichsverkehrsministerium ganz besonders den Anschluß verloren hat. Abgesehen von den weit unter Logeshaus bewilligten Aufwandsgebern, hält man heute noch an einem päpstlich verordneten System fest, indem jeder einzelne Beamte ein umfangreiches Reisebudget

zu führen muß, was auf das genaueste jede einzelne Minute bemerkt werden muß. Am Schluß jeden Monats wird das Buch von jedem Eigentümer aufgerechnet und dann der beheimateten Dienststelle übergeben. Dann wird jedes einzelne Buch von drei bis vier Stellen nachkontrolliert, wieder eine gemeinsame Liste aufgestellt und immer so fort, bis endlich nach einer durchgreifenden Kur der Beamte sein päpstlich entwertetes Geld in die Hand gedrückt bekommt.

Trotz wiederholter Vorstellungen bei den maßgebenden Körperschaften, doch die Aufwandsgebern in einer angemessenen Pauschale zur Auszahlung gelangen zu lassen, wodurch enormer Papierverbrauch und Arbeitskräfte, welche alles nachzukontrollieren, fortzuführen, wird dem sonderbarerweise kein Gehör geschenkt. Es wird eben mit dem so überaus teuren Material an Papier und Arbeitskräften fortgewerkelt. So gibt es eine Dienststelle aus dem besetzten Gebiet ihrem Unwillen kund, indem sie für September geschätzten Aufwandsgebern in Höhe von 11,5 Millionen Mark 20 000 000 000 000

Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Zeitungsverkaufsstellen usw., sowohl in Groß-Berlin als auch im übrigen Reich und im Ausland ausdrücklich den

„VORWÄRTS“

zu verlangen. Das Parteinteresse fordert, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des Zentralorgans der VSPD. in allen Verkehrsstätten zu veranlassen. Sollte der „Vorwärts“ an Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen usw. nicht erhältlich sein, so wären wir für entsprechende Mitteilung dankbar

„VORWÄRTS“-VERLAG
Berlin, Lindenstr. 5 :: Fernspr. Dönhoff 2506/2507

zwecken überweist. Unter dem heutigen Glend sollte man versuchen, soziale Ausgleiche zu finden. Was man an den durchaus berechtigten Aufwandsgebern unbedingterweise abkauft, gibt man auf der anderen Seite doppelt und dreifach wieder preis, indem man tagelange Kräfte beschäftigt, abgesehen von dem Papierverschleiß, welche zu anderer, nützlicherer und dem Ganzen fruchtbringender Arbeit Verwendung finden könnten. Das ist unsere heutige Bureaurokratie, welche die alle noch weit übertrifft. Und dieses alles, was man täglich und stündlich hört, es müsse produktive Arbeit geleistet werden.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit!

Zum Sonntag, den 18. November, hatte die Branchenleitung der Musikinstrumentenarbeiter eine Branchenversammlung nach „Allems Feststätten“ einberufen, um zu den von den Arbeitgebern heraufbeschworenen Differenzen Stellung zu nehmen. Boese, von der Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, führte den Anwesenden die Ursachen der Differenzen vor Augen und brachte zum Ausdruck, daß nur durch geschlossenes Zusammenstehen den Arbeitgebern ein Halt gelotet werden kann. Eine in diesem Sinne einstimmig angenommene Entschließung war der Willensausdruck der Versammlung.

Die Kommunisten hatten allerdings an dieser für sie untergeordneten Streitfrage kein Interesse; im Gegenteil, ihre Redner machten die verhassten Bonzen für alle Geschicknisse verantwortlich. Zu diesem Zwecke hatten die Kommunisten ihren eigenen Bonzen, Bolze, aus der KPD-Zentrale, in die Versammlung dirigiert, um den Boden der vorhandenen Einheitsfront für die Spaltzüge sturmreif zu machen. Nach Abspielen der üblichen Walzen war der Zweck erreicht. — Die von Ebel erfassten Versammlungsbefugter verließen kuckertartig die zunächst gut besuchte Versammlung. Runne kam die übliche Resolution, die die Gewerkschaftsführer des „Bertrats“ bezieht und ihnen das schärfste Mißtrauen ausdrückt. Nach Annahme dieses Antrages zogen die „Sieger“ heim und verflüchteten den neuen Erfolg in der „Tribüne“.

Doch nicht lange konnte man sich mit den ererbten Vorbeeren schmücken, da die Ortsverwaltung beauftragt wurde, die Mitglieder zu befragen, worin das Verbrechen der Branchenleitung bestehe. Eine erneute überfüllte Mitgliederversammlung der Branche bei „Allem“ beschloß sich am 28. November mit diesem Thema und nahm die nachstehende Entschließung mit über Zweidrittelmehrheit an:

„Die heute, am 28. November in Allems Feststätten tagende Versammlung der im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Musikinstrumentenarbeiter bedauert den von einem Teil der Branchenkommission gefassten Entschluß, seine Funktionen niedezulegen. Da ein Mißtrauen gegen die Kommission nicht besteht,

und die Versammlung die Arbeiten der bisherigen Funktionäre voll zu würdigen verstehen, beschließt die Mitgliedschaft der Branche, die Kommission aufzulösen, daß dieselbe auch weiterhin ihre Tätigkeit fortzusetzen hat. Die Versammlung gelobt ihrerseits, die Branchenkommission in allen Fragen tatkräftig zu unterstützen.“

Diese Vorgänge beleuchten die Gewerkschaftsarbeit der KPD-Strategen, die jede passende und unpassende Betrogenheit benutzen, um ihre Parteistücken zu kochen.

Löhne der Metallgießereien. Für die Zeit vom 26. November bis 2. Dezember gelangen dieselben Löhne zur Auszahlung wie in der Vorwoche. Am Mittwoch finden erneute Verhandlungen statt. (Siehe Vereinsanzeigen.)

Die Mindestlöhne in der Mühlenbranche betragen: Für Gehilfen, Zuschneider und Dämpfer Stundenlohn 0,55 Goldmark, Wochenlohn 26,40 Goldmark; für Stepperinnen, Zuschneiderinnen und Handnäherrinnen Stundenlohn 0,40 Goldmark, Wochenlohn 19,20 Goldmark. Lehrlinginnen erhalten: im ersten Halbjahr ein Viertel des Lohnes der Stepperinnen, im zweiten Halbjahr zwei Fünftel, im dritten Halbjahr drei Fünftel und im vierten Halbjahr vier Fünftel. Männliche Hilfsarbeiter über 17 Jahre, die Abdampfen, Einstücken, Abhängen oder Zuschneiden können, erhalten: im ersten Vierteljahr ein Viertel des Gehilfenlohnes, im zweiten Vierteljahr zwei Fünftel, im dritten Vierteljahr drei Fünftel und im vierten Vierteljahr vier Fünftel; nach 12 Monaten den vollen Mindestlohn. Für Hilfsarbeiter von 14 bis 17 Jahren gelten die Lohnsätze des jeweiligen Lohnabkommens der Handgeschlossenen der Mühlenbranche. Laufburschen sollen nicht unter diese Bestimmungen. Den auf Arbeit beschäftigten Personen ist, wenn sie den Stunden- resp. Wochenlohn nicht erreichen, die Differenz bis zur vollen Höhe des Mindestlohnes nachzuzahlen. Soweit die Lohnzahlung in Papiermark erfolgt, muß die Umrechnung des Goldmarklohnes in Papiermark zu den letzten, vor dem am Tage des tatsächlichen Zahlungstages Goldmarkurkes erfolgen. Dieses Abkommen ist am Schluß jeder Woche mit 14tägiger Kündigungsfrist kündbar. Im übrigen gelten die Bestimmungen des Manteltarifes vom 15. November 1920.

Die Entlohnung der Hausangestellten wurde vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin durch Schlichterspruch folgendermaßen geregelt: Jungmädchen bis 15 Jahre 6 Goldmark, bis 16 Jahre 10 Goldmark, 17-18-Jährigen ohne Kochen 12 Goldmark, Alleinmädchen oder Stütze mit Kochen 16 Goldmark, perfekte Köchin 24 Goldmark, einfaches Hausmädchen 13 Goldmark, perfektes Hausmädchen 22 Goldmark, einfache Wirtschafterin 22 Goldmark, perfekte Wirtschafterin 30 Goldmark, Kindermädchen 13 Goldmark, Kinderfräulein 25 Goldmark, Herrschaftsdienere, ledig 26 Goldmark, Herrschaftsdienere einschließlich Wohnung, Heizung und Beleuchtung 30 Goldmark, Ausbilden pro Tag 1 Goldmark. Diese Löhne sind möglichst im ganzen und, wo es angängig ist, zum Teil in wertbeständiger Währung zu zahlen.

Die kaufmännischen Angestellten im Kohlen- und Holzhandel erhalten für den Monat November 140 Ostobergehälter. Verhandlungen bezüglich des Dezembergehältes auf Grundlage der Goldmark finden am 5. Dezember statt.

Wahlung, Oberhessener Betriebe. Am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, in der Schulhaus, Friedhofstraße, Berlin, Straß, wichtiger Versammlung aller KPD-Beauftragter der Oberhessener Betriebe. Empfohlen sind auch durch Parteirollen einzuhalten. Referat über „Die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands“. Referent: Genosse Otto Wehr, W. 3. 2. Parteiausweis legitimiert. Die Funktionäre sind.

Metall-Komitee. Die Metallarbeiterführung findet heute vormittags 10 Uhr im Betriebsklub des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Zimmer Urd, statt. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt heute Pflicht.

Deutscher Holzarbeiterverband. Die Vertrauensmännerversammlungen der Branchen und Betriebe finden am Mittwoch zur Wahlen Zeit an den bekannten Stellen statt. — Eingetragene Veränderungen siehe nachstehend: Bezirk Südwesten: Die Vertrauensmännerversammlung findet am 5. Dezember um 4½ Uhr im „Kornelius“-Gebäude, Lindenstr. 3, Hof, 1. Aufg., 3. Et., im Logenraum, statt. Bezirk Südost: Vertrauensmännerversammlung Sonntag vormittags 9 Uhr bei Her, Sonnenstr. 9. Rebell- und Sozialistische Vertrauensmännerversammlung am Mittwoch, 7 Uhr, im Arbeitshaus, Sonnenstr. 20. — Sämtliche Bezirke müssen vertreten sein.

Metallarbeiter und Betriebsräte. Donnerstag abends 8 Uhr Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24a. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Branchengangsberichte.

Wahlung, Graphische Hilfsarbeiter Zentral die „Solidarität“. Hauptversammlung, kann gegen Zahlung von 20 Pfennigen für den Monat Dezember im Bureau der Ortsverwaltung abgeholt werden. Für Januar 1921 kann die Zeitung gegen Zahlung desselben Betrags (20 Pfennigen) bei jeder Abholung bestellt werden. Der Ortsvorstand: Otto Bloch.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vereinigung der Freunde von Religion und Völkerverständnis. Dienstag, abends 8 Uhr, in der Friedhofstraße, Schöneberg, Kolonnenstr. 113a (unterhalb Bahnhof Schöneberg), Vortrag von Walter Hilfer über „Christlicher Glaube oder weltliche religiöse Anschauungen“.

Arbeiterklubentendeband Gruppe Reinickendorf. Sonntag, 4. Dezember, 8 Uhr abends, Vortrag: „Kampf und Arbeit“.

Veranstaltung für Politik: Groß-Berlin: Wirtschaft; kleine Gebiete: Gewerkschaftsbewegung; 3. Etage; Funktionäre: Dr. John Hoffmann; Debatte und Entfesseln: Frau Kahlert; Anwesenheit: Frau; (auch in Berlin). Vortrag: Formeln-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Formeln-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 69, Lindenstraße 1. Seite 1. Beilage.

Theater Lichtspiele
Volksbühne
7½ Uhr: E. Ahrnshorn
Der Heiratsantrag
Th. im Admiralspalast
Tag 7½ Uhr
Drahter und drüber
DeutschOpernhaus
Die Bohème
Blech, Palschew
Intimas Theater
8 Uhr: Abendbesuch
Die k. u. k. Hölse etc.
Metropol-Theater
7½ Uhr: Casinogirls
Neues Theat. a. Zoo
7½ Uhr: Die Luxurstran
Renaissance-Theat.
8 Uhr: Der Weibstempel
Thalia-Theater
7½ Uhr: Pst! Pst!
Theater d. Kommodoren
7½ Uhr: Charlie
Wallner-Theater
8 Uhr: Ein Sprung
in die Ehe
Lustspielhaus
7½ Uhr: Uraufführung
Venezia oder
das Wunder des Meeres

DER VERLORENE SCHUH

Decia-Bioscop-Film der Ufa
Regie: Ludwig Berger
URAUFFÜHRUNG: MORGEN • VORVERKAUF 11—1 UHR

UFA-PALAST AM ZOO

Theater I. d. Königsgräberstr.
4 Uhr: **Don Gil**
von d. gr. u. Rosen
Komödienhaus
4 Uhr: Mein
Vetter Eduard
Berliner Theater
7,30 Uhr: Daily
Reichshalle
7½ Uhr: U.
4. Sonntag
Stettiner
Sänger
Metropol-Varieté
Nicht so stürmisch
Neue Einlagen:
Cairo Waldoff • Anita Berber
Jenny Schöck, Fritz Beckmann,
Franz Keller, Jean Lamb, Irma Jaeger, Dagmar
Hawer, Rolf Sauer, Sigfried Gorch, Konrad
Feldberg, Garry u. Lorna Elmans.

Die im
Sport-Palast
ausgetheilten
Winter-Radrennen
finden vom
1. bis 15. Dezember
in
Wien-Berlin
auf der Bühne statt.
Großer Weihnachtspreis von Wien-Berlin
Flieger-Rennen • Vorgabefahren • Punktfahren
Teilnehmer: Weltmeister Willy Arcand — Emil Lewanoff —
Meister über 100 km Karl Wittig — Wiener Meister über
24 Stunden Alfred Schrage — Deutscher Straßenmeister
Paul Koch — Sechsfacher Treptower Meister Erich
Abraham — Karl Rudel — Hiepel — Bögel.
Täglich Ausfahren der Punkte für den
„Großen Weihnachtspreis von Wien-Berlin“

Rose-Theater
7½ Uhr:
Wenn ich dich nur hab!
Casino-Theater
7½ Uhr: Der Schwann
ohne Frau!

Apollo-Theater
7½, Ababendl. 7½
Die große Revue
Europa spricht davon!

Wohnungstausch
in u. nach Berlin
sowie von Berlin
nach angwärts
am schnellsten durch eine Anzeige im
Groß-Berliner Wohnungsanzeiger
als einzige Spezialzeitung für möblierte
Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden
Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht
Verbund mit d. „Gr-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der
Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe
Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben.
Verlag und Hauptanzenzenannahme:
Zeitungscentral (ZZ) Aktiengesellschaft
Jerusalemstr. 5/6 • Fernsprecher: Dönhoff 8310-8312

Selten günstige Gelegenheit!
Prachtvolle Pelzmäntel
für 150 GM
Prima Fische nur 20 GM
Pelzjacken, sowie Pelzwaren
aller Art zu spotbill. Preisen.
SW. Lindenstraße 18-19, vom 2 Tr.
Tel.: Dönhoff 238. Auch Sonntag geöffnet.

Marken-Zigaretten
wie Saba, Hapana, Pico, K. &
Dots, Kusa, Turkeia usw. weit
unter Tagespreis. Bei Zahlung
in Goldscheine 10 Proz. Rabatt
Tabak und Zigarettenvertrieb
Georg Kuyper, Eblinger Str. 58

Lessing-Th
Heute morgen 7½
Michael Kramer
Do. 7½: Krauch

Deut. Künstler-Th.
Abendl. 7½: Der
Fürst v. Pappenheim

Komische Oper
Allabendlich 7½:
Die große Revue
des Kontinents:
Die Welt ohne Schleier

7. Car Zirkus
7½ Uhr: nicht
Ecke Leipzig Str.
Varieté — Soubert
7½ Uhr: 16. Uhr
Lotte Weizsäcker
Lisa Weiss
Paul Jölich
Lola Gray
Herr Goldmann
Großes Ballett-
Divertissement
von Egon Meikow
Täglich 6½, Uhr:
Nachm.-Vorpr.

Juniperwolle
5 Pfennige, 10 Pfennige,
Wollvertrieb Miners
Alte Jakobstr. 92

Inferate im Vorwärts
sehen Erfolg!

Beschwerden	Das unzufriedene Berlin	Vorschläge
-------------	--------------------------------	------------

Stimmung gegen die Beamten.

In letzter Zeit werden beinahe in allen Zeitungen Artikel über die Beamten veröffentlicht, die nicht mit den Tatsachen übereinstimmen. So wurde beim Erscheinen der Rentenurteil behauptet, die Beamten erhielten diese bei der Gehaltszahlung. Dies war bei den Postbeamten nicht der Fall, nicht eine einzige Rentenurteil hat ein Postbeamter erhalten. (Der Verfasser dieser wegen Raummangel liegende Zeitschrift hat uns inzwischen mitgeteilt, daß nach seiner Kenntnis zum erstenmal am 23. November Postbeamte Rentenurteil erhalten haben. Bereits vorher war uns bekannt geworden, daß wertbeständiges Geld wenigstens bei einem Teil der Postbeamten (Telegraphen- und Fernsprechebeamte) schon ausgezahlt worden war. D. Red.) Leider berichten auch der „Vorwärts“, daß die Schalterbeamten trotz großen Andrangs des Publikums dieses unerschrocken warten ließen und sich mit ihren Kollegen unterhielten. Ist dieses der Fall, dann ist jede Kritik berechtigt. Jeder aufmerksame Beobachter kann aber doch auch feststellen, daß der Schalterbeamte vom Dienstbeginn bis Schluß mit der größten Intensität arbeitet. Natürlich muß er auch mal ein Wort mit seinen Kollegen wechseln, denn bei den vorgezeichneten Arbeitszeiten müssen die angenehmen Sendungen doch weitergeleitet werden. Diese kann man nicht einfach seinen Kollegen geben, sondern die Wert- und Einschreibsendungen sind nachweisbar weiterzugeben, und dies erfordert eben etwas Zeit. — Sehr unliebsamer Jeltverlust entsteht auch häufig dadurch, daß das Publikum die Hinweisschilder in den Schalterhallen nicht beachtet. Oftmals stehen unsere lieben Mitmenschen an irgendeinem Schalter, ohne sich zu informieren, ob sie an diesem Schalter auch abgefertigt werden können. Erfahren sie dann oft nach längerem Warten, daß der Schalter sie nicht abfertigen kann, dann entstehen häufig erregte Szenen. Es heißt eben hier wie überall, daß vorher informieren. Ueberhaupt möchte ich die Volksgenossen bitten, die unberechtigten Anwürfe gegen die Beamten zu unterlassen (der geschulte Parteigenosse tut dies jetzt schon nicht). Im Durchschnitt muß sich der Beamte genau so plagen wie jeder andere, um den Anforderungen, die an ihn gestellt werden, gerecht zu werden. E. Jocher.

Zahlen — Zahlen!

Bisher war es auch bei der Post so üblich, daß die Briefmarke dem Aufdruck entsprechend bezahlt wurde, doch am 27. November wurde eine Ausnahme gemacht. Man verkaufte die Marken mit dem Aufdruck zu 20 mit 80 Milliarden, die Marken zu 10 mit 40 Milliarden und die Marken zu 5 mit 20 Milliarden Mark usw. und sollte jede Marke mit dem Vierfachen des darauf verzeichneten Wertes angesetzt werden. Der nun die Marken vorher mit den darauf verzeichneten Preisen gekauft hatte, war also im Vorteil, denn kein Mensch konnte es den Marken ansehen, wieviel er dafür gezahlt hatte. Am 1. Dezember wurde nun aber mit dem Eintritt der Wertbeständigkeit verlangt, daß die Marken zum „Nennwert“ von der Post berechnet werden, so daß der Besitzer solcher Marken an jeder der angegebenen Marken 60, 30 und 15 Milliarden Mark verlieren soll. Wer im privaten Leben einen Menschen so über Ohr haule, wurde bestraft, doch die Post scheint sich alles erlauben zu können. Auf keinen Fall kann verlangt werden, daß der Bedarf an Marken bei der Post an jedem Tage gedeckt werden soll, denn schon heute bedeutet dies die Vergewaltigung von vielen Arbeitsstunden. Nicht auf Briefmarken muß man stundenlang warten, sondern auch bei der Verabfolgung der Steuermarken und der Marken für die Angestelltenversicherung müssen kostbare Stunden geopfert werden. In diesen Fällen bin ich nicht länger willens, ständig Leute auf dem Postamt liegen zu haben oder von einem Postamt zum anderen jagen zu lassen, weil die Marken des einen Postamts gerade „ausgegangen“ sind, sondern ich greife zur Selbsthilfe und liebe die Marken nicht mehr, wenn sich die Postämter nicht bald als wirkliche Verkehrsvereinfachungen und zur Erleichterung des Verkehrs aufstellen. Auch bei der Abnahme der kleinen Geldscheine geht die Post in einer Weise vor, die geradezu Kopfschütteln erregen muß. Der Briefträger erklärt bei der Einziehung von Straßporto für unzureichend frankierte Briefe: „Unter 500-Millionen-Scheinen darf ich nicht annehmen.“ Am Schalter des Postamts in der Marienburgstraße zu Berlin wurde einer Frau die Abnahme von 63 einzelnen Milliarden Scheinen verweigert, trotzdem nur zwei Personen im ganzen

Schalterraum anwesend waren. Der Beamte berief sich auf seine „Vorschrift“ Soll es so weitergehen? A. S.

Dazu soll die Post mit: Von den in der Zeit vom 26. bis 30. November an den Postämtern zum vierfachen Preise verkauften Freimarken scheinen sich noch ziemliche Vorräte in den Händen einzelner Personen und Geschäfte zu befinden, obwohl seitens der Post rechtzeitig vor zu weitgehenden Einkäufen gewarnt und ausdrücklich darauf hingewiesen war, daß diese Marken vom 1. Dezember an nur zum einfachen Nennwert verwendet werden dürfen. Wie mitgeteilt, hat sich das Reichspostministerium bereit erklärt, diese Marken bis zum 15. Dezember bar oder gegen wert-

Öffentliche Volks-Versammlung

gegen den Antijemitismus rechtsradikaler Kreise im Berliner Westen heute Dienstag, den 4. Dezember, abds. 8 Uhr, in Wilnersdorf, Spichern-Festhalle, Spichernstr. 3 Referent: Reichstagsabg. Gen. Adolf Hoffmann Wegen der Unkosten geringes Eintrittsgeld. Der Bezirksvorstand.

beständige Marken zum vierfachen Betrage des Nennwertes einzulösen zu lassen. Entsprechende schriftliche Anträge wären an die zuständige Postanstalt zu richten. Darin wäre einwandfrei nachzuweisen, daß die Marken in der angegebenen Zeit bei der Post für den vierfachen Preis erworben seien und bis Ende November nicht haben verwendet werden können.

Erwerbslosenzuschuß für Kurzarbeiter.

Die Kurzarbeiter erhalten (er Befehlsumgebung wegen durch die Arbeitgeber) einen Erwerbslosenzuschuß. Sinn der Sache ist: schnelle Zahlung, um die Kurzarbeiter in den Stand zu setzen, mit dem Gelde etwas einzulösen. In einer friedensauer Gabel erhielten die Kurzarbeiter in letzter Woche den Erwerbslosenzuschuß für einen vier Wochen zurückliegenden Zeitraum. Die Gelder sind in der Zeit völlig entwertet. Eine „glückliche“ Empfängerin konnte für die erhaltenen 5 (fünf!) Milliarden Papiermark vielleicht gerade noch eine Schachtel Zündhölzer kaufen! — Es ist wirklich bedauerlich, daß eine schnellere Zahlung nicht erstrebt wird, denn bei so langsamer Zahlungsweise ist es schade um Arbeitskraft, Papier, Federn und Klebstoffe, Heizung und Beleuchtung der Büroräume!

Protest gegen die Goldmieten.

Gestern fand auf Einladung des Mietervereins Charlottenburg eine gut besuchte Protestversammlung statt, die nach einem ausführlichen Referat des Genossen Fritz Dzienf folgende Entschließung einstimmig annahm: „Die am 2. Dezember 1923 in den Hohenzollernfesthallen zu Charlottenburg veranlaßten Mieter erheben den schärfsten Protest gegen die Pläne der Reichsregierung, das Reichsmietengesetz aufzuheben, die gesetzliche Mietervereinerziehung und damit das Kontrollrecht der Mieter zu beseitigen, den Hausbesitz eine gegen die Vorkriegszeit noch gesteigerte Goldrente zu verschaffen und außerdem noch die Mittel für die Reparaturen, die Stabilisierung der Währung und für den Ausgleich der Haushalte von Reich, Ländern und Gemeinden der erwerbstätigen Bevölkerung aufzuerlegen. Die Berechnung der Mieten nach dem Reichsindex für die Lebenshaltung bedeutet außerdem eine ganz bedeutende Steigerung der Mieten über den Goldstand hinaus und muß von der Mieterschaft entschieden abgelehnt werden, weil das Einkommen der erwerbstätigen Schichten, die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten wie das Einkommen einer großen Zahl von Gewerbetreibenden und der Angehörigen der

freien Berufe bei weitem noch nicht einmal den Stand der Vorkriegszeit erreicht hat — ganz zu schweigen von den Millionen Erwerbslosen, Kurzarbeitern, Ruhegehaltsempfängern, Sozial- und Kleinrentnern. Die Mieterschaft weist mit Entrüstung die Zumutung zurück, täglich 3 Stunden unentgeltlich mehr zu arbeiten, nur um dem Hausbesitz ein glänzendes Renteneinkommen zu verschaffen und die ganze Schuldenlast des Reiches auf ihre Schultern zu nehmen. Schon heute an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt und zu einem erheblichen Teile trotz elendester Lebenshaltung nicht einmal mehr instande, die hohe Devisenrente zu erschwingen, wird sich die Mieterschaft gegen die neuen Pläne der Reichsregierung bis aufs Äußerste zur Wehr setzen und nötigenfalls einen Volksentscheid über die Neuregelung des Wohnungswesens herbeiführen.“

Der Weiterbau der Nord-Süd.

Betriebseröffnung zweier weiterer Bahnhöfe im Januar. Die Arbeiten an der Fortsetzung der Nord-Südbahn vom Halleschen Tor bis zum Kaiser-Friedrich-Platz schreiten rüstig fort. Bisher ist es gelungen, die im Bauprogramm vorgesehenen Fristen einzuhalten. Es kann insoweit schon jetzt schon damit gerechnet werden, daß im Laufe des Januar mindestens der Bahnhof Belle-Alliance-Straße an der Ecke der Gneisenaustraße eröffnet wird. An diesem Bahnhof biegt die Strecke dann nach Neukölln über Gneisenaustraße-Hafenstraße um. Für die Fortsetzung nach Tempelhof ist ein Kopfbau einbezogen. Wahrscheinlich gleichzeitig damit, höchstens aber im kurzen Abstand wird in der Nähe der Kaiser-Friedrich-Kirche der Bahnhof Solmsstraße eröffnet werden. Die Mittel für die Fortführung der Bahn durch die Hofenstraße (in Neukölln ist das Stück Hermannplatz bis Bahnhof Neukölln-Südring bereits fertiggestellt) sollen durch die Ausgabe neuer Aktien aufgebracht werden. Die Verhandlungen darüber sind ziemlich weit vorgeschritten und werden wahrscheinlich noch vor Weihnachten zum Abschluß kommen. Für den Bau der wichtigen Verbindungsstrecke in der Hofenstraße muß mit einer Bauzeit von reichlich 12 Monaten gerechnet werden. Im Frühjahr oder Sommer 1925 wird man dann von der Seestraße bis zum Südring in Neukölln durchfahren können. Der Betrieb wird durch Einstellung neuer Wagenzüge, die kurz vor der Ablieferung stehen, in den Hauptverkehrszeiten in einen Dreiminutenverkehr gebracht werden können.

Brotpreis herabgesetzt.

75 und 79 Goldpfennige ab heute. In gemeinschaftlicher Sitzung der Preisprüfungsstelle mit dem Zweigverband der Bäckermeister Groß-Berlins wurde nach Genehmigung durch den Leiter der Abteilung W. des Polizeipräsidenten Berlin der Einheitspreis ab Dienstag für helles Brot auf 79, für dunkles Brot auf 75 Goldpfennige festgesetzt. Der Preis der Schrippe bleibt unverändert 3 Goldpfennige. Die Vereinbarung wurde ermöglicht durch den Verzicht der Bäcker auf den ihnen bisher zugesicherten Gewerbesteuerzuschuß sowie durch die Senkung des Papiermarktmehlpriests, bei dem der Wegfall des Entwertungsrisikos besonders stark in Erscheinung getreten war. Unter diesen Umständen wird zum Einheitsbrotpreis zurückgekehrt. Eine Abattemgewährung bei Zahlung mit wertbeständigem Geld findet bei diesen Preisen nicht mehr statt.

Wenigstens ein Anfang.

In der Preisprüfungsstelle fand gestern unter Teilnahme des Oberpräsidenten und des Wäckermeisters eine Besprechung mit den Vertretern des Groß- und Kleinhandels statt zum Zwecke der Ermäßigung der Preise für Kolonialwaren. Es wurde unter den Beteiligten eine Einigung dahin erzielt, die Großhandelspreise für Butter und Margarine um 2 Proz., für die übrigen Artikel, außer von Importwaren um 6 1/2 Proz. herabzusetzen. Für den Kleinhandel kommt die bisher gewährte Abkürzung von 5 Proz. in Fortfall. Entsprechend der Steigerung des Umlaufs an wertbeständigem Geld ist in den nächsten Tagen mit weiteren Preisermäßigungen zu rechnen. — Es ist zu hoffen, daß dieser höchst bescheidene Anfang in etwas beschleunigtem Tempo, eventuell unter dem Druck der Aufsichtsbehörde, bald eine ergiebige Fortsetzung erfährt.

Wochenverkaufs der Mittelstandshilfe e. G. m. B. H. von Mittwoch den 5. Dezember, bis einschließlich Freitag, den 7. Dezember, von 11 bis 7 Uhr, Augustenburger Str. 74 (Ecke Altenhofer Str.). Spielzeug, Wollwaren, Handarbeiten, Wäsche, Kleiderstoffe.

Copyright Georg Müller, München.

Die Lofotfischer.

Roman von Johan Bojer.

Und er war mit Kanelen zu Mädchen gegangen, die vielleicht für drei, viertausend Männer zu haben waren! Hatte sich betrunken und mit dem Messer herumgeschickelt und sah hier mit Schrammen im Gesicht von einer Prügelei, und er bekam doch noch einen Brief! War das wohl zu begreifen! Jedenfalls war ihm das eine Klar, daß er jetzt diesem Sündenleben den Rücken kehren und ein anderer Mensch werden müsse. Er schwärzte sich sehr an, wie er dasah, nannte sich einen Trinker und einen Wüstling, schließlich fand er sogar heraus, daß er ein Reineidiger und ein Mörder sei. Aber er sah eine Rettung: eine junge Frau, deren Bild immer reiner und reiner vor ihm erstahlte. Ganz wunderwunderschön malte er sie sich aus, denn um so heiliger wurde sein eigenes Gemüt. In der Nacht stand er heimlich auf, als die anderen schliefen, und nähte den Brief auf der Innenseite der Weste fest: nun würde der ihm immer begleiten wie eine gute Nacht. Es wurde eine ganz neue und merkwürdige Zeit. Er ging umher und hörte Orgelklänge in seinem eigenen Innern brausen. Ein guter Gedanke taucht auf — gleich sicut er zu ihr hin. Sehnt er sich einen Augenblick heim zu Mutter und den anderen — dann fällt auch auf Ellen Roga ein kleines Licht. Nur behutsam, denn hier ist im Grunde überall Feiertlichkeit wie in einer Kirche. Eines Tages sah er, daß Per Suzanjas Pöcher in seinen Socken hatte, und da ließ er nicht nach, bis er sie ihm ausgezogen hatte — er konnte sie ihm doch stiefeln. Er konnte keine schlimmere Arbeit, aber er wollte sich selber bewahren, daß er jetzt ein anderer Mensch geworden sei, und während er die Nadel handhabte, dachte er so allerlei, und in gewisser Weise tat er es doch auch um ihre willen. Er ruderte eines Abends nach dem Fischerheim hinüber, wo der Pfarrer Bücher auslieh. Es war ja selbstverständlich, daß Lars jetzt ernstlich anfangen mußte zu lernen. Für ihn war es natürlich gut genug, Zeit seines Lebens Lofotfischer zu sein wie der Vater, aber für Ellen Roga war es nicht gut genug. Es begann ein unfares Takt in ihm, er sah ein unbestimmtes Licht — und dorthin mußte er. Es gab eine Welt mit größeren Gedanken, schöneren Gegenden, größeren und

klügeren Menschen als die, in der er jetzt umherwanderte, und diese Welt fand sich in den Büchern. Und im Bücherzimmer des Fischerheims standen dicht an dicht die weitergebräunten Männer, die die Hand austreckten, lange ehe sie an die Reihe kamen. Was wollten diese Sturmvögel mit Büchern? Wollten sie hinaus aus dem ewigen Gedankenkreis von Fischen und Geld, hinein in einen Raufsch, der heller war als jener, den der Brantwein uns schenkt? „Was möchtest du haben, mein Junge?“ fragte der Pfarrer, als Lars an die Reihe kam. „Ein Buch.“ „Ja, aber hier sind viele Bücher, wie du siehst. Willst du eine Erzählung haben oder ein Erbauungsbuch, oder etwas Geschichtliches, oder eine Reisebeschreibung?“ „Vielleicht gibt der Herr Pfarrer mir eines, das er am richtigsten findet,“ sagte Lars. „Wenn nur der Herr Pfarrer den Shakespeare nicht weg gibt, denn jetzt muß ich doch endlich einmal an die Reihe kommen,“ sagte ein junger Bursch in der Nordlandsmundart. „Ich denke, du beginnst mit Björnsons Bauern Erzählungen,“ sagte der Pfarrer und sah Lars lächelnd durch die Brille an. „Wenn du damit fertig bist, können wir weiterreden.“ Aber ehe Lars aus der Tür ging, hörte er den Pfarrer zu allen sagen: „Liebe Freunde — sagt doch euren Kameraden, daß es nichts kostet, Bücher zu leihen. Bringt sie mit hierher. Gute Bücher sind besser als Brantwein — sagt ihnen das, und fügt hinzu, daß sie auch unterhaltender sind.“ „Es kamen ein paar Tage, wo sie an Land bleiben mußten, und Lars sah über diesen Erzählungen. Ein solches Buch in einer Fischerhütte sieht ziemlich heimatlos aus. Es ist von vielen Fingern fleckig, aber was tut das. Es ist an den Rändern abgegriffen und die Deckel sind eingebrochen, aber was tut das? es ist gewissermaßen ein feltener Zugvogel, der sich in das Polarland verirrt hat, so daß es den Fischern fast leid tut — ja, ja, aber jetzt muß man vorsichtig mit ihm umgehen, man weiß ja nicht, ob Tisch und alles andere schon sauber ist. Aber Kristaver sah an der Wand und hatte vollumf mit Rehesiden zu tun — der Junge hätte ihm helfen können, aber da sah er über dem Buch und war wie in einer anderen Welt. Kristaver sagte also nichts und arbeitete weiter. „Du mußt uns vorlesen, Junge,“ sagte Per Suzanja, der auch Rehe fückte. Lars ließ sich nicht lange bitten, er wollte gern die anderen

an all dem Wertwürdigen teilnehmen lassen, das in so einem Buch ist. Er fing den „Fröhlichen Burschen“ von vorn an, bereute es aber bald. Denn diese Geschichte von dem armen Jungen, der sich emporarbeiten möchte, um ein junges Mädchen zu bekommen, lag ihm selber so nahe. Es war, als schreie er vor einer ganzen Versammlung aus, was ihn all diese Tage bemegt hatte. Er bekam einen ganz roten Kopf. Er las, als möchte er das, was da stand, am liebsten gar nicht ausprechen. Es wurde still im Zimmer. Die Männer, die Rehe fückten, handhabten die Nadel langsamer, die etwas zu hämmern hatten, hielten die Hände still. Jene, die Schuhe flickten, hoben den Kopf und vergaßen ihn wieder zu senken. Draußen rauschten Wind und Meer. Dies war doch etwas, was sie verstanden. Dies war ihr eigenes Leben, in einem Buche geschildert. Es war fast, als bekämen sie einen Brief von zu Hause. Sie hatten nur noch niemals darüber nachgedacht, daß Haus und Acker so schön sein können, selbst wenn sie klein sind. Sie mußten nicht, daß der kleine Mann in soviel Sonne leben kann, aber das war also möglich. Dies Buch erhob sie in ihren eigenen Augen, ohne daß sie deshalb irgendeinen anderen zu hoffen brauchten. Sie hörten atemlos zu. Dann und wann vernahm man ein Räuspern. Das bedeutete: „Hast du so etwas schon gehört?“ Sie schlugen sich auf die Schenkel und mußten lachen. „Gegenus Hyla konnte sich nicht bezähmen, sondern äußerte: „Weiß Gott, das stimmt!“ Henrik Rabben schloß die Augen, strich sich den Bart und nickte bisweilen. Er sah das Ganze so deutlich. Nun aber mußte Arnt Lassen von seinem Unstern getrieben werden und sagen — allerdings mit unsicherer Stimme: „Aber ist das nicht Gotteslästerung?“ Sie sprangen auf, wendeten sich zu ihm und waren drauf und dran, auf ihn loszuschlagen, und Kanelen zischte: „Wenn du jetzt nicht das Maul hältst, Arnt, so schmeiße ich dich in die Schneewächte.“ „Still — weiterlesen!“ sagte Per Suzanja. Und hier saßen sie noch immer auf der tauben Klippe im Meer, in Sturm und Finsternis und Kälte, aber im Buche entrollten sich Bilder von sommerlichen Tagen, von Wiesen und Wäldern, von schönen Frauen, Höfen und Kuhherden mit Glöcken. Es war ein solches Ausruhen, diese Bilder zu sehen, für diese Männer, die nur Meer und Felsen sahen. In ihnen erwachte ein Heimweh nach dem Binnenlande. (Fortsetzung folgt.)

